

RT DE: News, Analyse und Meinung

Digest Mai/Juni 2023, 25.05.–01.06.

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	12
Meinung	27

News

Ukrainischer Dichter Jan Taksjur, in Kiew zu zwölf Jahren verurteilt, wurde von Russland freigekauft

<https://freeassange.rtde.life/europa/171027-ukrainischer-dichter-jan-taksjur-wurde-von-russland-freigekauft/>

26.05.2023

Er schrieb Gedichte über die Liebe zur Ukraine und antifaschistische Pamphlete, verteidigte die orthodoxe Kirche und das historische Gedächtnis der Ukraine. Für all das wurde der Dichter, Schriftsteller und Publizist Jan Taksjur in Kiew des Landesverrats angeklagt und zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Russland kaufte ihn am Donnerstag frei.

RT DE hatte vor einem Jahr über die massiven Repressionen gegen Andersdenkende in Kiew und andren Städten der Ukraine berichtet, die im März 2022 eingesetzt hatten und bis heute fort dauern. Unter anderem berichteten wir über die Verhaftung des krebserkrankten Journalisten, Dichters und Schriftstellers Jan Taksjur.

In der Folge befand sich der 71-Jährige trotz der Erkrankung und schlechten Gesundheitszustandes mehr als ein Jahr in Untersuchungshaft, bis ihm am 24. Mai 2023 der Prozess gemacht wurde. Für seine Gedichte, die nach Auffassung der Staatsanwaltschaft und des Gerichts "der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine schaden" und "die Moral der Bevölkerung und der Armee untergraben", wurde er zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren verurteilt.

Wie inzwischen bekannt wurde, gelang es Russland, Taksjur freizukaufen. Im Zuge eines Gefangenenaustauschs zwischen Russland und der Ukraine wurde er an Moskau übergeben und hält sich nunmehr an einem geheim gehaltenen Ort in Russland auf. Darüber berichtete als Erstes die Publizistin Miroslawa Berdnik unter Berufung auf die Familie des Schriftstellers.

Der aus Odessa stammende Historiker und Schriftsteller Lew Werschinin kommentiert das Urteil gegen den Dichter so:

"Jan Taksjur, ein Dichter, der hauptsächlich auf Ukrainisch (aber auch auf Russisch) schrieb, wurde tatsächlich wegen seiner Gedichte verhaftet, die 'die Souveränität, die territoriale Integrität und die Sicherheit der Ukraine beschädigten, die Moral der Bevölkerung und der Armee untergruben', lange gefoltert, trotz seines Alters und Krebs inhaftiert und dann wegen 'Hochverrats' verurteilt. (...) Ich denke, der Anwalt Walentin Rybin, der den Dichter verteidigte, bis auch für ihn der Aufenthalt im Müllcontainer Ukraine lebensbedrohlich wurde, wird uns darüber ausführlicher berichten. Ich möchte für meinen Teil erstens hinzufügen, dass in Italien unter Mussolini (sogar während des Krieges) satirische Zeitschriften mit scharfem antifaschistischem Charakter ungehindert veröffentlicht wurden. Das heißt, es gibt keinen Faschismus in der 'Ukraine'. Und zweitens können die Ukrainer jetzt bis zum Äußersten über Jan Taksjur spotten, der geschworen hat, dass er nirgendwohin gehen würde, aber nein: er ist (nach Russland) gegangen ..."

Berdnik ihrerseits führt zum besseren Verständnis die Titel der Artikel und Gedichte auf, für die Taksjur angeklagt und verurteilt wurde. Sie sprechen für sich:

"Fascism Will Not Pass, or The Banner of Victory in the Darkness of Enslavement";

"Return the Russian Book to Kiev!";

"Immer öfter träume ich von der UdSSR";

"Erben der Schande oder: Die Schatten des Dritten Reiches werden um Mitternacht lebendig";

"Enkel der Gestapo oder: Jagd auf ein russisches Lied";

"Tag der Schande oder: Leg dich hin, Ukraine";

"Weinen auf dem Maidan oder Trauer auf dem Dorf bei Roshen";

"Bandermont und Patrimon ... Im Land der unerschrockenen Pokémon";

"Tag des Spitzels oder: Ein Zeitungsartikel über Puschkin".

Sarkastisch merkt Berdnik an:

"Natürlich wird man nur im demokratischsten Land Europas des Verrats beschuldigt, wenn man Artikel veröffentlicht, in denen Pokémon in Gestalt von Bandera oder Taras Schewtschenko missbilligt werden, und nur hier wird der eigene Bürger anschließend gegen die eigenen Kriegsgefangenen eingetauscht."

* * *

Ukraine-Krieg: Außenminister Kuleba fordert afrikanische Staaten auf, ihre Neutralität aufzugeben

<https://freeassange.rtde.life/afrika/171046-ukraine-krieg-ukraines-aussenminister-fordert/>

26.05.2023

Das tiefe Misstrauen gegenüber dem Westen hat sich in letzter Zeit in Afrika verstärkt, seitdem die USA versuchen, afrikanische Länder in ihren Wettbewerb gegen China und Russland hineinzuziehen. Der ukrainische Außenminister drängt nun afrikanische Staaten dazu, Partei für Kiew im Ukraine-Krieg zu ergreifen.

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba fordert die afrikanischen Länder auf, ihre neutrale Haltung gegenüber dem Ukraine-Krieg aufzugeben. Viele afrikanische Länder haben sich geweigert, in dem europäischen Konflikt Partei zu ergreifen, und mehrere haben sich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen der Stimme enthalten, um die russische Militäroperation zu verurteilen. Im März 2022 verweigerten 18 afrikanische Staaten in der UN-Vollversammlung einer Resolution die Zustimmung, die Russlands Militäroperation gegen die Ukraine verurteilte. Äthiopien ist eines von ihnen.

In einer Rede in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba sagte Kuleba am Mittwoch, die Ukraine sei "sehr verärgert darüber, dass sich einige afrikanische Länder für eine Enthaltung entschieden haben" und rief diese auf, die Ukraine "angesichts der russischen Aggression" diplomatisch zu unterstützen. "Neutralität ist nicht die Antwort", sagte er vor Journalisten.

Kuleba befindet sich derzeit auf einer Afrikareise, die auch Besuche in Marokko und Ruanda umfasst. In Äthiopien führte er Gespräche mit dem äthiopischen Premierminister Abiy Ahmed und dem Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki Mahamat.

In den vergangenen Tagen kam es zum offenen Eklat zwischen Südafrika und den USA, nachdem der US-Botschafter Reuben Brigety Pretoria vorgeworfen hatte, Waffen und Munition für Russland bereitgestellt zu haben. Afrikanische Länder sehen sich meistens als Opfer der kolonialen Vergangenheit des Westens. Das tiefe Misstrauen gegenüber dem Westen hat sich in letzter Zeit verstärkt, seitdem die USA versuchen, afrikanische Länder in ihren Wettbewerb gegen China und Russland hineinzuziehen.

* * *

Russisches Verteidigungsministerium: Ukraine sammelte im US-Auftrag hochpathogene Vogelgrippe-Viren

<https://freeassange.rtde.life/russland/171093-russisches-verteidigungsministerium-ukraine-sammelte-im/>

27.05.2023

Ausbrüche der Vogelgrippe in Russland geben im Zusammenhang mit den von den USA in Auftrag gegebenen Experimenten im Naturschutzgebiet Askanija-Nowa im Gebiet Cherson Anlass zur Sorge. Dies teilte der Chef der russischen ABC-Abwehrtruppen, Igor Kirillow, am Freitag mit.

Generalleutnant Igor Kirillow, der Chef der nuklearen, chemischen und biologischen Verteidigungstruppen der russischen Streitkräfte, hat am Freitag im Verteidigungsministerium mit Pressevertretern gesprochen. Die Veranstaltung war der Analyse von Dokumenten, die militärisch-biologische Aktivitäten der USA betreffen, gewidmet. Laut Kirillow haben Mitarbeiter des Naturschutzgebietes Askanija-Nowa im Gebiet Cherson die Flugrouten von Zugvögeln erforscht sowie biologisches Material gesammelt und ins Ausland gebracht. Dabei seien Virusstämme der Vogelgrippe mit hohem epidemischem Potenzial, die die interspezifische Barriere überwinden können, gesammelt und registriert worden, so der russische ABC-Abwehrtruppenchef. Der Auftraggeber der entsprechenden Projekte sei das US-Verteidigungsministerium gewesen – eine Behörde, die nichts mit der Erforschung von Vogelzugrouten zu tun hat. Kirillow zufolge gaben

Mitarbeiter des Reservats Askanija-Nowa, die das Naturschutzgebiet nicht verlassen haben, an, dass die ukrainische Seite ihnen eine hohe Belohnung für die Ausfuhr oder Vernichtung der Forschungsergebnisse angeboten habe. Im Jahr 2021 sei es in dem Reservat bereits zu einem Massensterben von Vögeln gekommen. Kirillow betonte:

"Vor diesem Hintergrund ist die Zunahme der Fälle von Vogelgrippe in Russland und den europäischen Ländern besonders besorgniserregend, wo die Krankheit nach Angaben des Internationalen Tierseuchenbüros einen ganzjährigen Charakter angenommen hat und die daraus resultierenden Verluste seit 2021 drei Milliarden Euro überstiegen haben."

Seit Beginn dieses Jahres seien in Russland bereits 32 Ausbrüche von Vogelgrippe registriert worden, so der russische Militär. Der durch die Krankheit verursachte Gesamtschaden für die Agrarindustrie habe in den vergangenen drei Jahren 4,5 Milliarden Rubel (mehr als 50 Millionen Euro) überschritten. Mehr als zehn Millionen Tiere seien vernichtet worden, stellte Kirillow fest.

Spezialisten des russischen Verteidigungsministeriums bestätigten zusammen mit Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes FSB und der Aufsichtsbehörde für Lebensmittelsicherheit Rosselchhosnadzor den Verdacht der Sammlung und Zertifizierung von Stämmen des Vogelgrippevirus im Naturschutzgebiet Askanija-Nowa. Dies gelte auch für den Stamm H5N8: Wenn dieser auf einen Menschen übertragen werde, könne die Letalitätssrate bei bis zu 40 Prozent liegen. Selbst in den bereits zerstörten Proben seien unter anderem Spuren des genetischen Materials der hochpathogenen Newcastle-Krankheit entdeckt worden, so der russische ABC-Abwehrtruppenchef.

* * *

Russischer Gouverneur: Charkow sollte dem Gebiet Belgorod angegliedert werden

<https://freeassange.rtde.life/international/171257-russischer-gouverneur-charkow-sollte-gebiet/>
29.05.2023

Der Gouverneur des russischen Grenzgebiets Belgorod fordert den Anschluss des benachbarten Gebiets Charkow an Russland. Das würde den Angriffen auf russisches Territorium ein Ende setzen. Viele Kommentatoren sehen darin jedoch keine Lösung.

Wjatscheslaw Gladkow, der Gouverneur des Gebiets Belgorod, bezeichnete den Beitritt der Stadt Charkow und des gleichnamigen Gebietes als Lösung für das Problem des Beschusses der Territorien seiner Region.

Darauf wies er im russischen Fernsehen hin. Er erklärte als Antwort auf eine entsprechende Frage einer Reporterin:

"Charkow sollte dem Gebiet Belgorod angegliedert werden. Dies ist der beste Weg, um das Problem des Beschusses des Gebietes Belgorod zu lösen."

Er sagte, dass seit Beginn der russischen Militäroperation mindestens fünf Sabotage- und Aufklärungsgruppen aus der Ukraine in das Gebiet Belgorod eingedrungen wären. Er fügte hinzu:

"Wir leben unter den Bedingungen eines echten Krieges. Ob es uns gefällt oder nicht, er findet statt."

Zumindest bei der letzten Attacke am 22. Mai waren die Eindringlinge zahlenmäßig in der Stärke eines Bataillons. Es handelt sich daher um mehr als nur eine Sabotage-Aktion, sondern um eine

kleine Besatzungstruppe. Bei den grenzüberschreitenden Angriffen wurden bereits mehrere Zivilisten getötet und Dutzende verletzt. Es gibt auch immer wieder Drohnenangriffe und Beschuss der zivilen Infrastruktur in den grenznahen Orten der Gebiete Brjansk und Belgorod. Allein beim Beschuss des Gebiets Belgorod starben 30 Menschen, 120 wurden verletzt (Stand 20. April).

Die Gebietshauptstadt Belgorod ist nur 80 Kilometer von Charkow entfernt. Die beiden Gebiete waren über Jahrhunderte in historischer, sprachlich-kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht untrennbar verbunden. Auch nach der ukrainischen Unabhängigkeit 1991 pflegten die beiden Regionen gutnachbarschaftliche, grenzübergreifende Beziehungen, bis der ukrainische Nationalismus Anfang der 2010er Jahre in Charkow stark an Einfluss gewann. Die militante neonazistische Asow-Bewegung hat ihre Wurzeln in der Charkower Ultras-Szene.

Die Nationalisten waren jedoch in Charkow lange in der Unterzahl. Nach dem Kiewer Maidan 2014 demonstrierten Zehntausende Charkower gegen die Putsch-Regierung in Kiew. Im April und Mai wurde die prorussische Bewegung in Charkow vom ukrainischen Geheimdienst und den Polizeiorganen zerschlagen.

Im Jahr 2022 brachte die russische Armee bis zu einem Drittel des Territoriums des Charkower Gebiets unter ihre Kontrolle und setzte eine Regionalverwaltung aus lokalen Kräften ein. Im Sommer besuchten russische Regierungsvertreter das Gebiet und kündigten Integrationsprogramme an. Später im September zogen die Einheiten der russischen Armee unter dem Druck der zahlenmäßig stärkeren ukrainischen Streitkräfte aus vielen Orten des Gebiets ab. Aktuell kontrolliert Russland im Gebiet Charkow 30 Orte im Grenzbereich im Südosten.

Die Diskussion über den Anschluss der ukrainischen Gebiete an die Russische Föderation ist festes Thema in den russischen Medien. Viele Kommentatoren halten es für notwendig, so viele Gebiete wie möglich, die unter Kiewer Kontrolle stehen, unter russische Kontrolle zu bringen. Es werden verschiedene Gründe genannt: von der Rettung des russischen Erbes und der Kultur vor der Auslöschung durch das Kiewer Regime, der Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit bis hin zu militärstrategischen und sicherheitsrelevanten Überlegungen.

Vor allem das letzte Argument entspricht der offiziellen Linie des Kremls. Russland müsse die Gefahr von seinen Grenzen weiter wegschieben, sagte der russische Präsident Wladimir Putin im Februar, als westliche Unterstützer die Lieferung von Langstreckenraketen an die Ukraine ankündigten. Mit der Besetzung des Charkower Gebiets sei aber das Problem nicht gebannt, schreiben nun mehrere Kommentatoren.

"Und was wäre dann nötig, um das Problem des Beschusses in Charkow zu lösen? Die Lösung für das Problem des Beschusses ist genau eine: die Unfähigkeit der Ukraine, den Beschuss physisch durchzuführen. In jedem anderen Fall werden der Beschuss, die terroristischen Angriffe, die Bombardierungen usw. weitergehen – das ist das Wesen der Ukraine in ihrer heutigen Form", schrieb der aus Donezk stammende Militärkorrespondent Dmitri Astrachan.

Ähnlich argumentierte auch der Militärexperte Juri Barantschik auf seinem Telegram-Kanal und wies darauf hin, dass einzig die Rückeroberung der restlichen Ukraine das Problem lösen würde: Wenn das ukrainische Territorium nicht auf das Gebiet der sieben westlichen Gebiete schrumpft, werden die angrenzenden Regionen der Russischen Föderation dauerhaft in der Gefahrenzone bleiben.

Viele russische Meinungsführer und Politiker halten den ukrainischen Staat in seiner jetzigen Form nicht für überlebensfähig und rechnen zumindest in der mittelfristigen Perspektive mit seinem Kollaps. Daher werden die möglichen Szenarien der Aufteilung der Ukraine zwischen den

angrenzenden Ländern diskutiert, wie etwa im Beitrag des russischen Ex-Präsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, den er am 25. Mai auf seinem Telegram-Kanal veröffentlicht hat.

Es wäre für Russland akzeptabel, wenn die angrenzenden EU-Staaten die westlichen ukrainischen Regionen an ihr Staatsgebiet angliedern würden. Die Menschen der Zentral-Ukraine würden sich infolge einer Abstimmung Russland angliedern. "Der Konflikt endet mit langfristigen Garantien, damit er sich langfristig nicht wiederholt". Das Schicksal der überwiegend russischsprachigen Regionen im Südosten von Charkow über Dnjepropetrowsk bis nach Odessa hat Medwedew nicht einmal erwähnt. Sie sieht er offenbar in jedem Szenario als Teil Russlands.

Wie lange der gesamte bewaffnete Konflikt dauern könnte, sagte Medwedew nicht. In Russland reift das Verständnis dafür, dass aktive Offensiven entlang der gesamten Frontlinie Russland zu viele menschliche und sonstige Ressourcen abverlangen und schwächen würden. Es setzt daher auf einen langen Abnutzungskrieg mit verstärkten Angriffen mit verschiedenen Präzisionswaffen gegen Militärobjecte im ukrainischen Hinterland.

Das Einfrieren des bewaffneten Konflikts ist nach Meinung russischer Experten des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik zwar vorübergehend denkbar, stellt aber keine realistische und dauerhaft stabile Lösung dar. Denn die Ukraine ist auf dem besten Weg, zu einem europäischen Afghanistan zu werden, was im Interesse der USA sei. Für Russland ist dies nicht akzeptabel, wie lange die Lösung des Konflikts auch dauern würde.

"Für Russland ist eine systemische und strategische Lösung nur durch eine radikale Umgestaltung der Ukraine in all ihren Erscheinungsformen möglich. Wenn dieser Prozess Jahrzehnte dauert, wird er Jahrzehnte dauern. Es gibt keine schnellere und einfachere Lösung für die ukrainische Frage."

Die Forderung des russischen Gouverneurs, das angrenzende Gebiet der Ukraine an Russland anzugliedern, sowie die Überlegungen des Ex-Präsidenten sind ein weiteres Zeichen, dass die russischen Verwaltungseliten langsam zu einem Konsens gelangen, wie die nächste Etappe der Militäroperation aussehen müsste.

* * *

Sacharowa über US-Hilfen an Ukraine: US-Investitionen haben bereits zum Zweiten Weltkrieg geführt

<https://freeassange.rtde.life/international/171290-sacharowa-ueber-us-hilfen-an/>

30.05.2023

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Marija Sacharowa nahm die sprachliche Entgleisung von US-Senator Lindsay Graham in Kiew zum Anlass, um an die umfangreichen Finanzhilfen und Investitionen der USA an Hitler-Deutschland zu erinnern.

Die Äußerungen von US-Senator Lindsay Graham, die er im Gespräch mit dem Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij am Freitag getätigt hat, sorgten für einen Eklat und die Ausschreibung des US-Politikers zur Fahndung in Russland. Auf dem von Selenskij's Büro veröffentlichten Video waren die Ausschnitte so zusammengesetzt, als wenn er sagen würde: "Russen sterben – das ist das Beste, wofür wir je Geld ausgegeben haben."

Laut der Nachrichtenagentur *Reuters* hatte Graham die Aussagen jedoch so nicht getätigt. Zwei Satzteile seien in verschiedenen Kontexten gesagt worden. Die kurze Anmerkung "Die Russen

sterben." ("Russians are dying.") war die Erwiderung auf die Aussage Selenskijs "Freiheit oder Tod. Wir werden frei sein.". Die Erwähnung der Investitionen entstammt also offenbar einem anderen Zusammenhang.

Die Presse-Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa ließ solche Erklärungen nicht gelten und forderte den US-Senator in einer Videoansprache auf, das Gesagte ebenso offen per Video zu dementieren. Sie wies darauf hin, dass auch andere offizielle US-Stellen sich keine Mühe gegeben haben, Klarheit in die Situation zu bringen und sich für die Aussagen zu entschuldigen. Auch das Selenskij-Büro wurde für Manipulation nicht getadelt, kritisierte sie.

Im abendlichen Gespräch im Programm des Senders *Rossija 2* "Abend bei Wladimir Solowjew" erinnerte sie an die Äußerungen des Ex-US-Präsidenten George W. Bush im Gespräch mit den zwei russischen Prankstern Wowan und Lexus im Mai letzten Jahres. Er glaubte, mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij gesprochen zu haben. Dem falschen Selenskij hatte er gesagt:

"Eure Hauptaufgabe besteht darin, so viele russische Truppen wie möglich zu töten."

Sacharowa betonte, dass Bush einem sehr einflussreichen politischen Clan in den USA angehöre und immer noch starken Einfluss auf die aktuelle Politik habe. Auch Graham sei kein Unbekannter, sondern ein aktiver Politiker mit lebenslangem Senatoren-Status. Sie sagte:

"Es spricht einiges dafür, dass diese These, die wortwörtlich wiederholt wird, zu einer Handlungsanweisung geworden ist."

Im Interview und zuvor in einem auf ihrem Telegram-Kanal veröffentlichten Text legte sie dar, dass die USA auch schon früher einmal immense Unterstützung an ein tödliches Regime geleistet hätten – an Hitler-Deutschland. Sie zählte US-Unternehmen auf, die Güter für den Militärbedarf des Hitler-Regimes in riesigen Mengen hergestellt hatten: Ford, General Motors, Kodak, Coca-Cola, Standard Oil, IBM und viele andere. Auch hätten die Banken JPMorgan Chase & Co und Chase National Bank "ihre Finger im Spiel" gehabt, als sie den Nazis halfen, milliardenschwere Transaktionen abzuwickeln und Dollars zu kaufen.

Sie wies auf die Abmachung mit dem Nazi-Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht hin, wonach er später Freiheit im Austausch für Schweigen über die Finanzierung des Dritten Reichs auch aus dem Ausland bekam: Trotz der Proteste der Sowjets wurde er freigelassen und lebte unbehelligt bis zu seinem 93. Lebensjahr.

Auch sei der US-Unternehmer Henry Ford ein großes Vorbild für Hitler gewesen und hatte als erster Amerikaner das Großkreuz des Deutschen Adlers – die Höchstauszeichnung der Nazis für Ausländer – bekommen. Seine Fabriken, in denen auch Zwangsarbeiter schufteten, stellten in Deutschland jährlich bis zu 70.000 Lastwagen her. Die berühmte IBM Corporation stellte für die Nazis Buchhaltungs- und Kontrollmaschinen her, die unter anderem halfen, die Fahrpläne der Züge in die Vernichtungslager zu überwachen.

In ihrem Beitrag stützte sich Sacharowa auf die Veröffentlichungen in den westlichen Leitmedien. So zitierte sie den britischen Forscher Bradford Snell: "General Motors war ein integraler Bestandteil der deutschen Kriegsanstrengungen. Das Dritte Reich hätte Polen und Russland (UdSSR) ohne die Hilfe der Schweiz überfallen können. Aber ohne die Hilfe von General Motors wäre dies nicht möglich gewesen".

Mit einer Aufzählung von historischen Fakten stellte die russische Diplomatin einen direkten Zusammenhang zur aktuellen US-Politik her:

"Bezüglich Senator Graham gibt es viele Vergleichsmöglichkeiten. Eine der (US)-Investitionen führte zum Zweiten Weltkrieg und zum Holocaust.

Jetzt werden Milliarden amerikanischer Dollar in den unersättlichen Rachen des neonazistischen Kiewer Regimes geschüttet. In diesem Zusammenhang möchte ich die Senatoren und alle amerikanischen Nutznießer daran erinnern, wie das vorherige Abenteuer endete."

US-Senator Lindsey Graham gehört weltweit zu den hartnäckigsten Russland-Gegnern und fällt immer wieder mit krassen Äußerungen abseits jeglichen diplomatischen Umgangs auf. Im März 2022 rief er mit dem Satz "Gibt es einen Brutus in Russland?" indirekt zur Ermordung von Russlands Präsidenten Wladimir Putin auf.

* * *

Ukraine: Ermittlungen gegen Selenskij und sein Umfeld wegen Hochverrat eingeleitet

<https://freeassange.rtdc.life/international/171350-ukraine-ermittlungen-gegen-selenskij-und/>

30.05.2023

Wladimir Selenskij, Staatschef der Ukraine, bekommt ein zusätzliches Problem: Auf Betreiben eines ukrainischen Abgeordneten muss nun die Justiz des Landes gegen ihn und einige Beamte aus seiner Umgebung ermitteln. Die entsprechende Gerichtsentscheidung ist nicht anfechtbar.

Nach einer Beschwerde des fraktionslosen Abgeordneten Geo Leros der ukrainischen Werchowna Rada wegen Untätigkeit des Ermittlers hat das Petschersker Bezirksgericht in Kiew heute in einer Entschliebung angeordnet, dass nun Ermittlungen wegen Hochverrats gegen den Staatspräsidenten Wladimir Selenskij und andere hohe Staatsbeamte eingeleitet werden müssen.

Leros hat die Resolution des Gerichts auf seinem Telegram-Kanal veröffentlicht. Bereits am 26. April dieses Jahres hatte sich der Abgeordnete an die Strafverfolgungsbehörden gewandt, wie aus dem Beschluss des Gerichts hervorgeht. Allerdings scheinen die Ermittler bisher untätig geblieben zu sein.

Jetzt muss das Staatliche Ermittlungsbüro der Ukraine entsprechende Einträge in das Einheitliche Register vorgerichtlicher Ermittlungen vornehmen, wodurch Strafverfahren eingeleitet werden.

Leros wirft Selenskij und den von ihm ernannten Beamten Hochverrat vor. So sollen Selenskij selbst, der Leiter des Präsidialamtes Andrei Jermak, dessen Stellvertreter Roman Maschowe, der ehemalige Geheimdienst-Chef (SBU) Iwan Bakanow und der frühere stellvertretende Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Ruslan Demtschenko als die Hauptakteure befragt werden, weil sie – so der Vorwurf – für die Einschleusung von (russischen) FSB-Agenten im ukrainischen Geheimdienst verantwortlich seien.

Auf seinem Telegram-Kanal schrieb er:

"Sie mussten ein Strafverfahren nach Artikel 111 (Hochverrat) gegen Selenksij und Co. einleiten!

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die DBR (Staatliches Ermittlungsbüro – Anm. d. Red.)

sich weigerte, gegen Selenskij's Hochverrat zu ermitteln, als er FSB-Agenten in Schlüsselpositionen des SBU ernannte, aber wir wiesen das Gericht an, die Informationen im ERDR (Einheitliches Register vorgerichtlicher Ermittlungen – Anm. d. Red.) zu registrieren und eine Voruntersuchung einzuleiten."

Und Leros konkretisierte seine Vorwürfe gegen den ukrainischen Staatschef:

"Selenskij, Jermak, Maschowe, Bakanow und Demtschenko sollten als die Hauptakteure bei der Ernennung von FSB-Agenten in den SBU verhört werden.

Diese Bastarde müssen aussagen, wer sie für diese Ernennungen bezahlt hat und wieviel, denn diese Ernennungen haben zu Zehntausenden von toten Ukrainern geführt.

Ich werde nicht zulassen, dass diese Verräter der Verantwortung für schwere Verbrechen gegen das ukrainische Volk entkommen!"

Zuvor hatte der Abgeordnete Selenskij und Jermak bereits der Korruption in Höhe mehrerer hundert Millionen Euro bei der Beschaffung von Munition beschuldigt.

* * *

Kenia und Russland intensivieren Zusammenarbeit

<https://freeassange.rtde.life/afrika/171357-kenia-und-russland-intensivieren-zusammenarbeit/>

31.05.2023

Bei seinem Besuch in Kenia hat der russische Außenminister Lawrow eine weitere Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit zugesagt. Russland unterstütze Afrika zudem darin, im Rahmen einer Reform der Vereinten Nationen mehr politisches Gewicht zu erhalten.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow war zu Besuch in Kenia. Dabei traf er zu Gesprächen mit Präsident William Ruto zusammen. Das Gespräch verlief in freundlicher Atmosphäre. Themen waren der Umbau der Vereinten Nationen, der Ausbau der Kooperation der beiden Länder in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit sowie der Ukraine-Konflikt.

Die Länder des Südens streben unterstützt von Russland eine Neuordnung der Gremien der Vereinten Nationen an. Ziel ist es, den Ländern des Südens in der UN ein größeres Gewicht zu geben, das ihre tatsächliche Bedeutung besser repräsentiert. Insbesondere im Sicherheitsrat ist die Unterrepräsentation offenkundig. Unter den fünf Veto-Mächten ist kein afrikanisches Land, aber auch kein Land Lateinamerikas.

Aufgrund der historischen Entwicklung der Vereinten Nationen sind die Länder des Westens im Sicherheitsrat überrepräsentiert. Eine große Zahl von Ländern hält das nicht mehr für angemessen und fordert eine grundlegende Reform der UNO.

Der Präsident Kenias erkennt dabei die Unterstützung Russlands ausdrücklich an. Auf der offiziellen Website des Präsidenten heißt es dazu:

"Afrika kann eine Fülle von Ideen, Vorschlägen und Erfahrungen beitragen, die der Welt als Ganzes dienen, daher sollte der afrikanische Kontinent im UN-Sicherheitsrat vertreten sein. Der Präsident stellt fest, dass Kenia und Afrika bei der Schaffung einer neuen UN-Architektur auf Freunde wie Russland zählen können."

Lawrow stimmte dem zu und unterstrich die Notwendigkeit der Reform des UN-Sicherheitsrats, um ihm mehr Rückhalt zu verleihen und den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts anzupassen, schreibt die in Nairobi ansässige Zeitung Kenyans. In einer Meldung des russischen Außenministeriums heißt es,

"Der Austausch zum Thema zeigte die Notwendigkeit, die Präsenz von Entwicklungsländern einschließlich Ländern Afrikas im UN-Sicherheitsrat zu erhöhen. Das ist ein gemeinsames Ziel unserer Länder."

Im Zusammenhang mit der Reform der Vereinten Nationen wurde auch der Ukraine-Konflikt diskutiert. Kenia vertritt die Position, dass eine für beide Seiten tragbare Lösung des Konflikts gefunden werden muss. Kenia steht hinter der Charta der Vereinten Nationen und erkennt das Recht auf territoriale Integrität an. Kenias Präsident sagte in diesem Zusammenhang dennoch:

"Kenia fordert eine Lösung des Konflikts in einer Weise, die beide Parteien respektiert."

Lawrow unterstrich in diesem Zusammenhang den Willen Moskaus, alle vernünftigen Vorschläge für eine friedliche Beilegung des Konflikts zu prüfen und zu erörtern.

Verabredet wurde die weitere Vertiefung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten. Insbesondere der Handel soll ausgeweitet werden. Verabredet wurde die Unterzeichnung eines Handelsabkommens. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit bliebe noch unter ihrem Potenzial, sagte Präsident Ruto. Auch das russische Außenministerium erklärte auf seinem Telegram-Kanal, dass die Intensivierung des Handels zwischen beiden Staaten als Ziel verabredet worden sei.

Der russische Außenminister reiste im Anschluss weiter nach Burundi, wo er mit seinem Amtskollegen Albert Shingiro zusammenkommt. Danach trifft Lawrow in Südafrika auf die Außenminister der BRICS-Staaten. Für den Sommer ist ein Afrika-Gipfel in Sankt Petersburg geplant.

Der intensivierten russisch-afrikanischen Zusammenarbeit steht ein Einflussverlust des Westens auf dem afrikanischen Kontinent gegenüber. Mit der Entwicklung hin zu einer multipolaren Welt, in der Russland und China eine Alternative zur bisherigen Hegemonie des Westens bieten, sehen viele afrikanische Länder eine Chance, sich von westlicher Bevormundung und Gängelung als einem Überbleibsel kolonialen Denkens zu befreien.

* * *

Inhaftierung von Gonzalo Lira durch Ukraine: US-Außenministerium verweigert Stellungnahme

<https://freeassange.rtde.life/international/171534-gonzalo-liras-haft-in-ukraine/>

01.06.2023

Die USA genießen ihren Ruf, weltweit sehr viel Wert auf die Rechte ihrer eigenen US-Bürger zu legen. Zum Fall des US-Amerikaners Gonzalo Lira, dem nach seiner Festnahme in der Ukraine bis zu 13 Jahre Haft für unliebsame Meinungsäußerungen drohen, verweigert das US-Außenministerium hingegen jeden Kommentar.

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Matthew Miller, ist auf den Verbleib des Autors Gonzalo Lira in der Ukraine angesprochen worden. Lira ist ein US-Amerikaner chilenischer Herkunft, der auch über seinen YouTube-Kanal weltweit bekannt wurde und bereits seit mehreren Jahren in der

Ukraine lebt.

Nach der Eskalation des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 äußerte sich Lira öffentlich kritisch über die ukrainische Regierung und insbesondere auch den Präsidenten Wladimir Selenskij.

Anfang Mai 2023 nun wurde Lira vom ukrainischen Geheimdienst SBU wegen des Vorwurfs einer "Rechtfertigung der russischen Invasion" festgenommen. Zudem soll Lira die oberste militärische und politische Führung und die Verteidigungskräfte der Ukraine diskreditiert haben.

Liam Cosgrove, ein ehemaliger Reporter für die Zeitung *The Epoch Times*, wies den Sprecher des US-Außenministeriums Miller kürzlich darauf hin, dass die Festnahme von Lira bereits mehrere Wochen zurückliege, jedoch noch immer keine offizielle Stellungnahme vonseiten der US-Behörden bekannt sei:

"Was halten wir davon, dass unsere Verbündeten US-Bürger wegen freier Meinungsäußerung im Ausland festnehmen?"

Miller teilte jedoch lediglich mit, dass der Fall Lira dem US-Außenministerium durchaus bekannt sei. Man unterstütze natürlich die Redefreiheit überall auf der Welt, fügte Miller hinzu. Doch auch auf nochmalige Nachfrage hin machte er keine näheren Angaben, ob und welche möglichen Bemühungen sein Ministerium dazu unternommen hätte.

Lira wurde nach Artikel 436-2, Absätze 2 und 3 des ukrainischen Strafgesetzbuchs (wegen Verbreitung von Materialien, die Russlands Vorgehen in der Ukraine seit 2014 rechtfertigen) angeklagt, und ihm drohen bei einer Verurteilung in beiden Punkten bis zu 13 Jahre Gefängnis.

* * *

Analyse

Saudi-Arabien zeigt Selbstbewusstsein: Neue Führungsrolle im Ordnungsgefüge von Nahost

<https://freessange.rtde.life/der-nahe-osten/170952-saudi-arabien-demonstriert-selbstbewusstsein-neue/>

25.05.2023

Die Welt wandelt sich zunehmend in eine multipolare Ordnung, in der sich nicht mehr nach westlichen Regeln und Interessen schalten und walten lässt. Mit einer Einladung an den vom Westen sanktionierten Innenminister Russlands machte Saudi-Arabien deutlich, dass man dort an dem Kurs einer Neujustierung der Balance zwischen West und Ost festhalten will und das Land mehr als nur eine Tankstelle für die ganze Welt ist.

Von Seyed Alireza Mousavi

Kurz nach dem Besuch des ukrainischen Präsidenten Selenskij empfing Saudi-Arabien auch den Innenminister Russlands, den der Westen wegen des Ukraine-Krieges persönlich sanktioniert hat. Dieser Schritt war im Grunde eine nachträgliche Ohrfeige für Selenskij und ebenso für den US-Präsidenten Joe Biden. Der Besuch des russischen Innenministers Wladimir Kolokolzew in Riad sagt viel über Riads neuen außenpolitischen Kurs aus.

Saudi-Arabien demonstriert damit ein neues Selbstbewusstsein und wie man in Riad die eigenen Interessen des Reiches in den Vordergrund stellt – anstatt die des Westens. Diesen Kurswechsel hatte das Königreich auch auf dem Gipfeltreffen der Arabischen Liga bereits nachdrücklich demonstriert: Saudi-Arabien und weitere arabische Staaten hießen nach zwölf Jahren Ausschluss die syrische Regierung erstmals wieder willkommen.

In den letzten Jahren haben sich mehrere arabische Länder auf die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Syrien konzentriert. Vor allem Saudi-Arabien spielte beim Drängen auf eine Rückkehr Syriens in die Arabische Liga eine Schlüsselrolle. Und dies, obwohl die USA ihre engen Verbündeten und internationalen Partner vor einer Normalisierung der Beziehungen zu Syrien gewarnt hatten.

Selenskij's Empfang bei der Arabischen Liga war eine kluge Ablenkungsstrategie von Mohammed bin Salman. Er wollte davon ablenken, dass der von Russland und Iran gestützte syrische Präsident Baschar al-Assad wieder mit offenen Armen in der arabischen Welt empfangen wird. Bei diesem Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Saudi-Arabien als einem engen Verbündeten der USA hielt Assad eine historische Rede, in der er auf die sich der Region bietende Chance hinwies, sich endlich von der westlichen Dominanz zu lösen.

Saudi-Arabien und Iran normalisierten ihre Beziehungen schon im März überraschend. Diese Annäherung beider Staaten machte unter anderem den Weg frei für die bisher längste Waffenruhe im jahrzehntelangen Bürgerkrieg im Jemen. Saudi-Arabien versöhnte sich auch bereits mit der Türkei. Die ganze Region sortiert sich seit dem Ukraine-Krieg neu – und die Saudis wollen dem Westen zeigen, dass ihr Königreich mehr ist als nur eine Tankstelle für die ganze Welt. Mit der Einladung an den vom Westen sanktionierten Innenminister Russlands machte das Königreich deutlich, dass man an dem Kurs einer Neujustierung der Balance zwischen West und Ost festhalten will und das Land eine neue Führungsrolle in der Region übernehmen will.

* * *

Der Westen träumt von Russlands Niederlage – und dessen Geld

<https://freeassange.rtde.life/international/170983-westen-traeumt-von-russlands-niederlage/>

27.05.2023

Kiew fordert vom Westen die Einstellung des Handels mit Russland, setzt aber selbst den Transit von dessen Energieressourcen fort und kassiert dabei Geld vom "Aggressor". Wie lange wird der Westen dies so noch mittragen?

Von Sergei Sawtschuk

Wladimir Putin hat in seiner Rede auf dem Eurasischen Wirtschaftsforum die Ursachen der Energiekrise in Europa, die kein Ende nehmen will, sehr einfach und prägnant umrissen:

"Wer ist schuld an dem, was passiert ist? Nord Stream 1 wurde in die Luft gesprengt, Nord Stream 2 wurde nicht eröffnet. Haben wir die Jamal-Europa-Route über Polen geschlossen? Polen hat sie geschlossen. Es gibt zwei Gaspipelinerouten durch die Ukraine – die Ukraine hat eine davon geschlossen. Wir haben das nicht getan. Übrigens nutzen wir die zweite Leitung, um Europa mit Gas zu versorgen, und die Ukraine, obwohl sie uns als Aggressor bezeichnet, kassiert erfolgreich Geld für den Transit. Wir erfüllen alle unsere Verpflichtungen in vollem Umfang."

Wie auf Bestellung erschien bloß ein paar Stunden zuvor in der *Washington Post* ein skandalöser Artikel, der das offene Geheimnis lüftete. Das Geheimnis liege darin, dass die angeblich so bedauernswerte Ukraine einerseits den kollektiven Westen auffordert, alle wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland abzubrechen und die Einfuhr russischer Energieressourcen gänzlich zu verweigern, um "die russische Kriegsmaschinerie" nicht zu unterstützen. Andererseits habe Kiew aber selbst nicht die Absicht, Moskau den Krieg zu erklären oder den Transit derselben Ressourcen durch das ukrainische Territorium zu stoppen, um seinen eigenen Haushalt aufzufüllen.

Das Blatt zitiert Alexei Tschernyschow, einen Topmanager des größten ukrainischen Energieunternehmens Naftogas. Der Funktionär witzelt, das Land könne es sich nicht leisten, alle wichtigen Transitrouten abzuschneiden, weil es eine Entschädigung von Russland erwarte und auch, weil einige angesehene Partner Kiews in der Europäischen Union auf den ukrainischen Transit angewiesen seien.

Es lohnt sich nicht, eine gewisse Logik in Tschernyschows Worten zu suchen. Denn diese gibt es nicht – es ist nur eine verbale Manipulation. Die Ironie der Situation besteht darin, dass der Chef von Naftogas in diesem Fall nicht uns, Russen, sondern seine angesehenen Partner im Westen belügt. In Brüssel gibt es jedoch nicht weniger abgebrühte Gauner und geschickte Wortakrobaten, so dass nur ein naiver und leichtgläubiger Bürger durch solche Erklärungen und eine bewusste Politik auf Staatsebene nur in die Irre geführt werden kann.

Wir stehen vor dem zweiten Akt des geopolitischen Balletts, in dem Piranhas und Barrakudas, die sich einst an den billigen russischen Ressourcen sattgefressen haben, sich gegenseitig umkreisen und einander einreden, man solle freiwillig seine Ration reduzieren und weniger essen. Beim Übergang zum nächsten Akt ist eine scharfe Abkühlung der ukrainisch-europäischen Freundschaft zu erwarten, denn Brüssel findet sich in dieser Situation, wie sich herausstellt hat, in der Position eines naiven Narren wieder. Der getäuscht wurde und weiterhin bewusst von allen belogen wird – von Washington und auch von Kiew, das auf historische Gemeinsamkeiten mit Europa schwört.

Zur Erinnerung: Ende des Jahres 2021, das nun in weiter Ferne zu liegen scheint, lieferte Russland 203 Milliarden Kubikmeter Erdgas an die Europäische Union, was 40 Prozent ihrer gesamten Einfuhren entsprach. Rohöl und raffinierte Produkte wurden in einer Menge von 540 Millionen Tonnen geliefert. Hinzu kamen weitere 53 Millionen Tonnen Kohle, wobei die Einfuhren des verhassten festen fossilen Brennstoffs immer mehr an Volumen gewannen und im Vergleich zum Jahr 2020 gleich um zehn Prozent stiegen. Die US-Amerikaner, die akribisch jeden Cent und jede Gallone zählen, berechneten, dass die Länder der Eurozone bis Ende 2021 für die Lieferung dieser drei grundlegenden Energieressourcen 147,8 Milliarden US-Dollar an russische Lieferanten gezahlt haben. Im Vergleich dazu betrug der europäische Anteil an den Investitionen für den Bau von Nord Stream 2 nur sechs Milliarden. Wie man so schön sagt: Spüren Sie den Unterschied!

Bis Ende 2022 musste Berlin als Schaltzentrale der wichtigsten Wirtschaftslokomotive der EU zugeben, dass das Land durch die Verweigerung russischer Energieressourcen enorme Verluste erleidet. Wirtschaftsminister Robert Habeck, der seine Mitbürger zunächst fröhlich aufforderte, nicht länger als zwei oder drei Minuten am Stück kühl zu duschen, verlangt nun, dass die Stromerzeuger die Endkundenpreise nicht erhöhen, und droht mit zusätzlichen Steuern auf die von den Betreibern bereits erzielten Übergewinne.

Paris hat aufgrund von Systemproblemen in der Atomindustrie zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte aufgehört, Strom zu exportieren, und ist dazu übergegangen, Strom von seinen Nachbarn zu kaufen.

Warschau hat zugegeben, dass es allein beim Kauf von Rohöl von Drittanbietern einen Nettoverlust von 28 Millionen US-Dollar macht. Und das jeden Tag.

Die britischen Medien veröffentlichen alarmistische Artikel und erschauern bei dem schrecklichen Gedanken, dass Russland als Vergeltung für die Explosion der Nord-Stream-Pipelines Kabel auf dem Grund des Ärmelkanals kappen könnte, was garantiert zu einem Zusammenbruch der Energieversorgung und der Wirtschaft des Landes führen würde.

Und dann tritt die Ukraine mit einem tragischen Gesichtsausdruck eines professionellen Opfers auf den Plan, das mit der einen Hand um eine weitere Tranche Geld, Panzer und Flugzeuge bettelt und mit der anderen Hand langsam den Hahn der Gas- und Ölpipeline im Norden des Landes aufdreht. Um ein paar Milliarden US-Dollar mehr zu verdienen, denn jeder weiß: Der Gas- und Öltransit wird vom Käufer, also von Europa, bezahlt. Es bleibt abzuwarten, wo die Schwelle der Finanz- und Wirtschaftskraft der Alten Welt liegt und wie schnell sich die Herrschaften wieder auf ihre gewohnten Geschäftsmethoden zurückbesinnen werden – nämlich ihre Nachbarn auszurauben.

Geopolitik, gekoppelt mit dem großen Geld, ist eine höchst unterhaltsame Sache, die vor allem an ein Glas voller Spinnen erinnert. Es ist interessant, sie zu beobachten, vor allem, wenn man sich auf der anderen Seite des Glases befindet.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen bei RIA Nowosti am 25.05.2023.

Sergei Sawtschuk ist ein russischer Kolumnist und Blogger.

* * *

Eine 30-jährige Entwicklung: Die Ukraine im demografischen Niedergang

<https://freeassange.rtde.life/international/171091-30-jaehrige-entwicklung-ukraine-im/>

28.05.2023

Die Ukraine ist angesichts ihrer Kriegsverluste und des Flüchtlingsstroms ins Ausland dabei, in einen demografischen Abgrund zu fallen. Die aktuell vorherrschende Krisenlage wird durch die hohe Sterblichkeitsrate, die niedrige Geburtenrate und die Emigration verschärft. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist nicht in Sicht.

Eine Analyse von Alexander Männer

Die Situation innerhalb der Bevölkerung der Ukraine gilt nicht zuletzt wegen des Krieges mit Russland und dem Niedergang der ukrainischen Wirtschaft als besorgniserregend. Allein seit Februar 2022 sollen nach neuesten Schätzungen mehr als 200.000 Soldaten bei Kampfhandlungen getötet und noch mehr verwundet worden sein. Mehr als 13 Millionen Ukrainer sollen bis heute ihr Land verlassen haben – etwa fünf Millionen Richtung Russland und acht Millionen in Richtung der Europäischen Union.

Dabei wollen die meisten derjenigen, die in der EU bereits einen Asylantrag gestellt haben, womöglich gar nicht zurückkehren und stattdessen lieber in Deutschland, Frankreich oder den anderen EU-Ländern Fuß fassen. Dass Millionen ukrainische Bürger nämlich lieber im Ausland leben wollen, als in ihr Heimatland zurückzukehren, ist kein Geheimnis. Denn spätestens seit dem "Euromaidan" 2014 ist das wahre Ziel der sogenannten "Europäischen Integration" für einen Großteil der ukrainischen Bevölkerung, irgendwie in die EU zu gelangen und dort zu bleiben.

In Bezug auf die Demografie sind der Flüchtlingsstrom ins Ausland sowie die Kriegsverluste allerdings nur ein Teil einer bereits seit langer Zeit bestehenden und äußerst negativen demografischen Entwicklung der Ukraine, wegen der das Land unlängst vor dem Abgrund steht.

So ist wichtig zu betonen, dass die ukrainische Bevölkerung in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ein beispielloses Wachstum durchlebt und mit 52 Millionen Einwohnern 1993 – also gut ein Jahr nach dem Zerfall der Sowjetunion – ihre Höchstzahl erreicht hatte, bevor im Zuge der Unabhängigkeit der Ukraine praktisch ein rapider Rückgang einsetzte. Laut der bisher letzten ukrainischen Volkszählung, die 2020 elektronisch durchgeführt wurde, gab es in der ehemaligen Sowjetrepublik vor drei Jahren lediglich 37 Millionen Einwohner – das ist ein Minus von fast 30 Prozent. Inzwischen soll die Ukraine nach Schätzungen sogar weniger als 35 Millionen Einwohner zählen. Zumindest ist das aufgrund der hohen Sterblichkeitsrate, der niedrigen Geburtenrate, der Emigration und der ukrainischen Kriegsverluste eine relativ optimistische Schätzung. Nimmt man nun aber noch die Flüchtlingszahlen, dann hat sich die in der Ukraine befindliche Bevölkerung im Vergleich zum Niveau der späten UdSSR faktisch halbiert.

Um diese Entwicklung umzukehren, sollte nicht nur der Krieg beendet oder die Menschen aus dem Ausland zurückgeholt werden, sondern die Bevölkerungszahl muss wieder wachsen. Es wird angenommen, dass für eine natürliche Zunahme eine Fertilitätsrate von mehr als drei Kindern pro Frau notwendig ist. Die aktuelle Geburtenziffer in der Ukraine beträgt geschätzt nur rund 1,3 Kinder je Frau und gehört damit weltweit zu den niedrigsten. Diesbezüglich verheißt die Tendenz keine guten Aussichten, wobei sogar befürchtet wird, dass die Zahl der Geburten künftig abnehmen könnte.

Eine kommende Katastrophe zeigt sich zudem vor allem in der Altersstruktur der Bevölkerung, wo der Anteil der jüngeren Altersgruppen in der Vergangenheit beständig abgenommen hat und bei den 20- bis 25-Jährigen sowie den 25- bis 30-Jährigen mittlerweile erschreckend deutlich unter dem Niveau der anderen Altersgruppen liegt. Der Anteil der erstgenannten Altersgruppe etwa fiel seit 2021 sogar um mehr als die Hälfte, was vermutlich primär auf die Verluste im Krieg und die Flüchtlinge zurückzuführen ist.

Laut Angaben des Statistikportals *Population Pyramid* macht der männliche Anteil der 20- bis 30-jährigen Ukrainer 3,2 Prozent der Bevölkerung aus, der weibliche Anteil 2,6 Prozent. Das sind insgesamt gerade einmal 5,8 Prozent und damit zu wenig, um einen positiven demografischen Wandel herbeizuführen.

Das ganze Ausmaß dieses Defizits zeigt sich besonders anhand eines Vergleichs der Ukraine mit etwa jenen europäischen Ländern, wo die demografische Situation ebenfalls als relativ schwach gilt. Zum Beispiel mit Deutschland und Russland, in denen der Anteil der besagten Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung mit insgesamt elf beziehungsweise 10,2 Prozent deutlich höher ist als in der Ukraine. Im Detail ist das sogar noch alarmierender: Verglichen mit Deutschland oder Russland ist der Anteil der 20- bis 25-jährigen Frauen in der Ukraine um das 2,5-Fache niedriger. Wer im Krisenland künftig also für einen Anstieg der Geburtenrate sorgen soll, ist mehr als fraglich.

Dieses Problem wird nicht nur die demografische Entwicklung noch weiter verschlimmern, sondern auch aus ökonomischer Sicht schwerwiegende Folgen für die Ukraine haben. Denn ein Rückgang innerhalb der jüngeren Altersgruppen hat zuallererst eine direkte Auswirkung auf die Zahl der Erwerbsfähigen respektive Erwerbstätigen und damit auf die Volkswirtschaft in einem Land.

Wie die russische Zeitung *Wsgljad* unter Verweis auf eine ukrainische Quelle schreibt, ist die erwerbsfähige Bevölkerung der Ukraine seit Beginn des Krieges um mehr als fünf Millionen Menschen beziehungsweise fast 30 Prozent zurückgegangen. Allerdings ist nicht ersichtlich, ob die besagte Quelle die ukrainischen Flüchtlinge in der EU umfasst, oder ob sie auch diejenigen Ukrainer mit einbezieht, die ihr Land in Richtung Russland verlassen haben. Immerhin zählt die russische Föderale Migrationsbehörde heute, wie eingangs erwähnt, etwa fünf Millionen Flüchtlinge aus dem Nachbarland, von denen mehr als ein Drittel erwerbsfähig sein könnte.

So oder so fehlen der Ukraine aufgrund des Krieges und des demografischen Wandels schon heute Millionen von einfachen Bürgern, die bereit wären, in den Wiederaufbau und damit in die Zukunft des Landes zu investieren. Nicht zu vergessen ist auch, dass ein Großteil der Geflüchteten Kinder sind, ohne die die Zukunft der Ukraine noch schwieriger scheint.

* * *

Konfrontation mit Russland am Polarkreis – Luftwaffenmanöver Arctic Challenge Exercise 2023

<https://freeassange.rtde.life/international/171287-konfrontation-mit-russland-am-polarkreis/>

30.05.2023

Im Norden Europas finden in den nächsten Tagen mehrere große Manöver statt. Allein bei der Luftwaffenübung Arctic Challenge Exercise 2023 sollen etwa 2.700 Soldaten aus 14 Ländern und 150 Flugzeuge eingesetzt werden. Das Ziel bestehe in der Übung von Kämpfen gegen Russland, vermuten Experten.

Von Alexandr Karpow und Wladimir Duon

In Nordeuropa beginnen am 29. Mai großangelegte regionale Luftwaffenübungen Arctic Challenge Exercise 2023 (ACE 2023). Das Manöver wird bis zum 9. Juni dauern und ist von Dänemark, Norwegen, Schweden sowie Finnland organisiert, dem dieses Jahr die Leitung der Übungen obliegt.

"Das Ziel von ACE 23 ist es, Verbände auszubilden und zu trainieren, Luftoperationen zu organisieren und durchzuführen mit dem Bestreben, das Niveau des [US-amerikanischen] Flag-

Manövers zu erreichen, die Ausführung taktischer Manöver und Verfahren von Kommando und Kontrolle einzubeziehen. ACE 23 ist auch eine Gelegenheit, die Zusammenarbeit und Kompatibilität zwischen Jägern der vierten und fünften Generation zu ermöglichen. "In diesem Jahr wird die Übung ebenfalls die internationale Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Luftraum des hohen Nordens ausbauen", meldete Schwedens Verteidigungsministerium.

Nach Angaben des Ministeriums werden an der Übung etwa 150 Flugzeuge teilnehmen. Insgesamt werden etwa 2.700 Militärangehörige aus 14 Ländern eingesetzt. So wird neben den genannten Gastgeberländern auch die Teilnahme der Schweiz, Tschechiens, Großbritanniens, der Niederlande, Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Italiens, der USA und Kanada erwartet.

Dabei sei das Manöver keine Militärübung der NATO, betonte Schwedens Verteidigungsministerium.

"Die Zusammenarbeit der nordischen Länder ist der Kern der Durchführung der Übung Arctic Challenge Exercise. In diesem Rahmen ist es das Ziel, die nationale Verteidigung der Teilnehmer zu stärken, gemeinsame Synergien zu erkunden und gemeinsame Lösungen zu fördern. Die Zusammenarbeit soll die Einsatzeffektivität steigern, die Qualität erhöhen und Ressourcenverteilung und Kosteneffizienz der Streitkräfte der jeweiligen Nationen verbessern", gab die Behörde bekannt.

Norwegen wird an den Übungen mit den Flugzeugen F-35 Lightning II und Luftabwehrsystemen NASAMS III teilnehmen. Das Manöver wird vorläufig an vier Stützpunkten durchgeführt, nämlich Ørland in Norwegen, Kallax in Schweden sowie Rovaniemi und Pirkkala in Finnland.

Bemerkenswert ist außerdem, dass in Finnland am 26. Mai gemeinsam mit den USA das Landmanöver Karelian Lock 23 begann. Nach der Ankündigung des finnischen Verteidigungsministeriums bestehe das Ziel in der Entwicklung von Führereigenschaften, gemeinsamen Einsätzen und internationalen Einsatzkompatibilität.

Dieses Manöver wird bis zum 2. Juni dauern und in den Gemeinden Kouvola, Luumäki und Hamina stattfinden. Daran werden Verbände der Brigade Karelien, der Militärakademie, Brigade Pori, der Panzerbrigade, des 1. Logistikregiments, der Agentur C5 der Verteidigungskräfte Finnlands, des Luftkommandos Karelien und des Grenzschutzes Nordkarelien teilnehmen.

Insgesamt werden an dieser Übung etwa 7.000 Militärangehörige und 720 Fahrzeuge der finnischen Streitkräfte sowie 450 US-amerikanische Militärs teilnehmen.

Verstärkung im Norden

Schweden und Finnland, die bisher einen neutralen Status bewahrt hatten, hatten nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine ihre Absicht verkündet, der NATO als vollwertige Mitglieder beizutreten. Offizielle Anfragen diesbezüglich wurden von Helsinki und Stockholm am 18. Mai 2022 eingereicht.

Finnland trat der NATO offiziell am 4. April 2023 bei. Schwedens Antrag befindet sich indes aufgrund der prinzipiellen Position der Türkei bisher in der Schwebe.

Moskau betonte mehrmals, dass Russland die beiden Länder nicht bedrohe, doch ihr Beitritt zu einem betont antirussischen Block militärische Gegenmaßnahmen nach sich ziehen werde.

Vor dem Hintergrund des Beginns mehrere Manöver unter Teilnahme der NATO-Staaten in den

nordischen Ländern bemerkte Russlands Außenministerium, dass das Konfliktrisiko in der Arktis zunehme. Dies erklärte der Sondergesandte Nikolai Kortschunow.

"Wir sehen, dass in letzter Zeit die Beachtung der arktischen Region seitens der ganzen Weltgemeinschaft zugenommen hat. Geopolitisch wird die Region zu einem immer wichtigeren Platz. Leider nimmt die Konfliktfähigkeit in der Region zu", zitierte ihn die Nachrichtenagentur TASS.

Der russische Diplomat bemerkte außerdem, dass die Arktis durch Klimaänderung und neue Technologien immer zugänglicher werde. Die Wichtigkeit der Region nehme wegen der Ressourcen, die für die Weltwirtschaft dringend notwendig und unter Bedingungen der Energiewende noch stärker nachgefragt werden, ebenfalls zu.

Kortschunow fügte hinzu, dass für Russland eine äußerst wichtige Aufgabe in der Arktis die "weitere Steigerung der russischen Souveränität" sei.

Gleichzeitig führen die russischen Streitkräfte eigene Manöver im Nordwesten des Landes durch, wo eine Steigerung der westlichen Militäraktivität am wahrscheinlichsten ist.

So übten am 26. Mai taktische Bomber Su-24 der Marinefliegergruppe der Baltischen Flotte die Vernichtung von See- und Küstenzielen an Militärübungsplätzen der Flotte zu See und am Land.

Praktiziert wurden Angriffe gegen Ziele, die einen Schiffsverband des angenommenen Gegners imitierten, sowie gegen Ziele, die Panzer- und Kraftfahrzeugkolonnen des angenommenen Gegners darstellten.

"Den praktischen gezielten Bombenabwurf führten die Piloten in den Höhen zwischen 200 und 2.000 Meter und auf Geschwindigkeiten von bis zu 1.000 Kilometer pro Stunde durch. Ebenfalls übten die Besatzungen Gefechtsmanöver bei Grenzwerten und Abwehrmanöver gegen Jagdflugzeuge und Luftabwehrmittel des angenommenen Gegners", meldete Russlands Verteidigungsministerium.

Die Behörde fügte hinzu, dass während der Übungen über 20 Lufteinsätze am Tag und in der Nacht geflogen wurden. An den Flügen nahmen über zehn Besatzungen und über 50 Angehörige des technischen Personals teil.

Ferner übte der Einsatzverband der Baltischen Flotte aus den Raketenschiffen "Odzowow" und "Sowetsk" Angriffe mit seebasierten Marschflugkörpern des Typs Kalibr gegen Schiffsverbände und Küstenziele des angenommenen Gegners.

"Beim elektronischen Abfeuern der Raketen wurden alle anvisierten Ziele erfolgreich getroffen. Die Übung fand unter Bedingungen erhöhter Funkstörungen statt, die künstlich zur Erschwerung der Aufgabe für die Schiffsbesatzungen eingerichtet. Im Rahmen der Lehrgefechtsaufgaben übten die Besatzungen außerdem Schiffssicherung und Bekämpfung von Saboteuren während des Hafenaufenthalts", betonte das Ministerium.

"Bedrohungselement für die Sicherheit Russlands"

Der Chefredakteur der Zeitschrift *Nazionalnaja oborona* [Nationale Verteidigung] Igor Korottschenko bemerkte im Gespräch mit RT, dass in der gegenwärtigen militärpolitischen Situation jegliche Militärübungen des Westens auf die eine oder andere Weise mit der Ausarbeitung von möglichen Kampfhandlungen gegen Russland zusammenhängen werden.

"Natürlich erhält die Arktis unter Berücksichtigung der neuen Realien eine herausragende Bedeutung als möglicher künftiger Kriegsschauplatz und als 'Ressourcenlager' für die Entwicklung im 21. Jahrhundert. Die NATO wird einen ganzen Komplex von Entscheidungen zur operativen Planung und praktischen Militäraktionen herausarbeiten, die vor allem mit Angriffen auf Russland und Erlangung der Überlegenheit in der Arktis zusammenhängen. Dies ist das Hauptziel, vor allem unter Berücksichtigung von Finnlands erhaltener und Schwedens künftiger Mitgliedschaft in der Allianz. Künftige Manöver werden einen beispiellos breit angelegten Charakter haben",

betonte der Experte.

Nach Finnlands Beitritt zur NATO könne die Lage in der Region als angespannt bezeichnet werden, so Korotschenko.

"Bedenkt man das heutige Verhältnis zwischen Russland und der Allianz, sind Moskau und Helsinki mögliche direkte militärische Gegner mit allen entsprechenden Folgen. Niemand macht inzwischen einen Hehl daraus", erklärte der Experte.

Eine ähnliche Ansicht vertrat der Professor der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums, Wladimir Winokurow.

"Alle Szenarien übt der Westen im Kontext der Konfrontation mit Russland, auch wenn sie den konkreten Gegner nicht benennen. Die Arktis wird zunehmend zu einem Brennpunkt. Diese Tendenz war seit Langem zu beobachten. Es ist klar, dass eine Region, die so reich an Kohlenwasserstoffen und anderen Ressourcen ist, niemand einfach so verlassen wird. Ferner ist die Arktis aus militärstrategischer Sicht wichtig. Darüber verläuft die kürzeste Route für gegenseitige Angriffe mit interkontinentalen ballistischen Raketen zwischen den USA und Russland",

erklärte Winokurow.

Der Maßstab der Manöver stellt eine klare Bedrohung für die Sicherheit der Russischen Föderation dar, meinte der Analytiker.

"Eine solche Menge an Flugzeugen, zumal in der Arktis, ist sehr viel. Zweifellos sind solche Manöver ein Bedrohungselement für die Sicherheit Russlands. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass Russland über die am besten entwickelte Infrastruktur und das größte Truppenkontingent in der Arktis verfügt", schlussfolgerte Winokurow.

Übersetzt aus dem Russischen.

* * *

Über die Unmöglichkeit des Einfrierens dieses existenziellen Krieges und eines westlichen "Plan B"

<https://freeassange.rtde.life/meinung/171431-ueber-unmoeglichkeit-einfrierens-existenziellen-krieges/>

31.05.2023

Chinas Bemühungen um den sofortigen Beginn eines Friedensprozesses in der Ukraine in allen Ehren, aber der kann nicht beginnen, bevor Russland in diesem existenziellen Krieg

gesiegt hat. Und der Sieg ist nahezu sicher – ganz gleich, was die Ukraine und der Westen oder auch Skeptiker innerhalb Russlands glauben.

Eine Analyse von Geworg Mirsajan

Russland ist gegen ein Einfrieren des Konflikts in der Ukraine. Der Sprecher Dmitri Peskow des russischen Präsidenten Wladimir Putin erklärte dazu: "Russland zieht ausschließlich die Möglichkeit in Betracht, seine militärische Sonderoperation bis zum Ende durchzuführen, [nämlich] seine Interessen zu sichern [und] die Ziele Russlands entweder durch die militärische Sonderoperation oder andere verfügbare Mittel zu erreichen."

Diese Worte sind nicht nur eine Antwort auf die konkrete Frage eines Journalisten, sondern auch eine Reaktion auf Gerüchte, die in den letzten Monaten unter russischen und westlichen Fachleuten kursierten. Gerüchte nämlich, die sich eher auf die Strategie des Westens im Ukraine-Konflikt stützen:

Tatsache ist, dass die Eliten der USA und Europas jetzt auf einen ukrainischen Vorstoß setzen. Sie setzen darauf, dass Einheiten des Kiewer Regimes – bewaffnet und ausgerüstet mit mehr oder weniger modernem Gerät – erfolgreiche Offensivoperationen durchführen und ein für Russland schockierendes Ergebnis erzielen werden. Das heißt, dass sie entweder die Grenzen der Krim erreichen oder die durch Moskau befreiten Gebiete der Volksrepublik Lugansk besetzen oder Mariupol – unlängst ein Symbol des Sieges über den Ukro-Nazismus – zurückerobern oder schließlich einen Teil des "altrussischen" Territoriums besetzen, zum Beispiel das Gebiet Belgorod. In Washington, D.C. hofft man, dass solche Erfolge dann im Kreml einen Schock auslösen und so Russlands Staatschef zwingen werden, einer Beendigung des Konflikts zu westlichen Bedingungen zuzustimmen.

Doch ein solches Szenario erscheint höchst unwahrscheinlich – aber für den Westen wäre es die einzige Möglichkeit, eine akzeptable Konfliktlösung zu erreichen, ohne den Dritten Weltkrieg oder einen langwierigen Krieg zu riskieren, auf den die westliche Gesellschaft nämlich eigentlich gar nicht vorbereitet ist.

Doch falls (oder besser gesagt: wenn) die ukrainische Offensive dann gescheitert sein wird, weil nämlich die russische Armee – rechtzeitig für den Herbst mit neuen Kapazitäten der Waffenindustrie und auch mit Berufssoldaten wie Freiwilligen, die zwischen Januar bis Anfang Mai 117 Tausend Mann zählen, ausgerüstet – ihre eigene Offensive starten kann, muss der Westen zu seinem Plan "B" übergehen. Dann nämlich wird der Westen Moskau anbieten, den Konflikt einzufrieren: Entweder nach dem Prinzip "Jedem gehört, was er gerade kontrolliert" oder er wird – wie einige als "russisch" getarnte proukrainische Kanäle schreiben – durch verschiedene Deals versuchen, Russland das Kernkraftwerk Saporoschje und andere [strategisch wichtige] Gebiete abzuluchsen.

Und während die russischen Fachleute Pläne für derartige Deals einhellig ablehnen, herrscht dagegen in der Frage des Einfrierens keine Einigkeit. Einige Experten sind der Meinung, dass dies keine schlechte Option für Moskau sei und begründen das mit einer Reihe von Annahmen: Erstens, so diese Experten, spiele die Zeit gegen Moskau, das ja nicht in der Lage sein werde, einen Zermürbungskrieg auf Dauer gegen den gesamten kollektiven Westen zu gewinnen. Zweitens sei die russische Wirtschaft nicht in der Lage, den totalen Wirtschaftskrieg durch Sanktionen zu verkraften, der mit jedem neuen Sanktionspaket immer härter wird. Drittens, so diese Experten, sei Russland angeblich nicht zu ernsthaften Offensivoperationen imstande: Schließlich hat allein die Befreiung von Artjomowsk fast sechs Monate gedauert – und wie viele solcher Ortschaften gibt es allein im Donbass?

Deshalb, so sagen diese Experten, sollten wir realistisch sein und das nehmen, was einem gegeben wird: Also den Konflikt einfrieren – in der Erwartung [oder Hoffnung], dass dieses Einfrieren in Permafrost verwandeln werde und schließlich irgendwann in fernerer Zukunft zu irgendeiner Art von Friedensabkommen führen könne.

Peskow stellte jedoch klar, dass die russische Regierung dagegen sehr realitätsbezogen denkt. Dort arbeiten echte Realpolitiker – wie auch die meisten russischen Experten echte Realisten sind, die wissen, dass ein solches Einfrieren des Konflikts für Russland nicht nur sinnlos, sondern auch dauerhaft äußerst ungünstig wäre:

Denn zum einen spielt die Zeit sehr wohl für Moskau. Zwar wird in diesem Konflikt tatsächlich eine Strategie des Zermürbungskrieges angewandt. Aber im Rahmen einer solchen Strategie sollte man das Potenzial lediglich derjenigen Länder berücksichtigen, die den Konflikt garantiert bis zu einem siegreichen oder einem bitteren Ende fortsetzen wollen und bereit sind, wirklich alles in die Waagschale zu werfen, was sie haben. Und das sind die Potenziale Russlands auf der einen und der Ukraine auf der anderen Seite. Die ewige Hilfe führender westlicher Länder ist Kiew beileibe nicht garantiert. Der US-Wahlkampf zeigt bereits, dass ein großer Teil der US-Gesellschaft dagegen ist, weiterhin Dutzende Milliarden US-Dollar für die Unterstützung des Kiewer Regimes auszugeben. Erst recht dann, wenn sich diese Ausgaben nicht einmal in Form von Siegen über Russland auszahlen werden.

Zweitens hat das vergangene Jahr gezeigt, dass die russische Wirtschaft den Sanktionen durchaus gut standhalten kann und sich sogar mit deren "Hilfe" weiter modernisieren lässt. Im Jahr 2022 verließ eine Reihe westlicher Unternehmen Russland – und die USA und die EU bombardierten Moskau mit immer neuen Sanktionspaketen –, doch Russlands BIP sank lediglich um 2,1 Prozent, während das BIP der Ukraine bekanntlich um 30 Prozent zurückging. In diesem Jahr wird Russlands BIP voraussichtlich nur noch um wenige Promille schrumpfen, und schon im nächsten Jahr soll es auch wieder wachsen. Das liegt zum Teil an den grauen Importkanälen, aber auch an der Substitution der Importe in der Industrie, die Russland schon aufgebaut hat und weiter aufbaut (Ja: Es hat gedonnert, und der Russe hat sich endlich bekreuzigt, wie ein Sprichwort sagt).

Drittens: Es ist wahr, es hat lange gedauert, Teile des Donbass zu befreien. Dort liegt es jedoch nur an der großen Anzahl von städtischen Ballungsgebieten, in denen sich die Kämpfer des Kiewer Regimes hinter den als menschliche Schutzschilde missbrauchten Einheimischen verschanzt halten konnten.

Ein weiterer Grund war, dass viele dieser Kämpfer Berufssoldaten waren – nun jedoch sind sie mittlerweile zu einem großen Teil getötet oder schwer verwundet. Ein dritter Grund lag darin, dass das ukrainische Regime die westlichen Waffen, die es erhalten hatte, noch nicht gänzlich verloren und noch nicht alle Munition dafür verschossen hatte. Russland dagegen rollt jetzt gerade erst einmal richtig zum Gefecht vor. Wie oben zum Hochfahren der Rüstungsindustrie, zur materiellen und zahlenmäßigen Aufstockung seines Militärs und so weiter erwähnt.

Aber vor allem würde ein Einfrieren dieses Konflikts die Bedrohungen, die Russland ja dazu veranlassten, seine militärische Sonderoperation einzuleiten, überhaupt nicht ausräumen, sondern nur noch weiter verschärfen:

Nach einem Einfrieren des Konflikts würden die westlichen Länder die Ukraine weiter aufrüsten und neu ausstatten und sie von einem momentan "nur" antirussischen Staat weiter in einen echten Terrorstaat nach der Art des IS an Russlands Grenzen verwandeln. Truppen und auf den Kreml gerichtete Raketen des Westens würden dann auf diesem Territorium stationiert werden. In der

Ukraine (zuerst auch in den russischsprachigen Gebieten) würde antirussische Propaganda verbreitet werden. Und schließlich würde es von diesem Gebiet aus ständige Angriffe und immer wieder Beschuss auf russische Gebiete geben – genau so, wie die Ukraine den "eigenen" Donbass über all die Jahre seit dem vorherigen Einfrieren (in Gestalt des Minsker Abkommens) beschossen hatte und immer noch weiter beschießt.

Zusätzlich würde ein Einfrieren bedeuten, dass das Kiewer Regime die Kontrolle über einen Teil der russischen Gebiete im Donbass und in der Schwarzmeerregion behalten würde – was Russland nicht zulassen kann.

Deshalb hat Dmitri Peskow völlig recht: Ein Einfrieren des Konflikts ist für Moskau keinerlei echte Option. Nur die Lösung des Konflikts entweder auf diplomatischem Wege – was höchst unwahrscheinlich ist – oder durch die Fortsetzung der Kampfhandlungen ist möglich. Das Letztgenannte erscheint hierbei leider als das allein realistische Szenario.

Man muss die Befürworter des "Einfrierens" und eines neuen "Minsk", also die Apologeten der Theorien vom Schlage "russischer Schwäche" und "wir können nicht gewinnen" eindringlich an Folgendes erinnern: Das Ziel des Westens in diesem Krieg besteht darin, Russland als Ganzes zu "kassieren", wie Wladimir Putin leider völlig zu Recht feststellte. Das Ziel ist sowohl eine Desintegration und als auch die völlige Zerstörung des russischen Staates und des geeinten russischen Volkes. Es handelt sich also dabei keineswegs nur um eine militärische Sonderoperation, sondern um einen sehr realen existenziellen Krieg – um einen Krieg, in dem es um Russlands Existenz geht. Und deshalb darf es kein Einfrieren geben, sondern kann es nur einen Sieg geben.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen bei Wsgljad.

Geworg Mirsajan ist außerordentlicher Professor an der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation, Politikwissenschaftler und eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Geboren wurde er 1984 in Taschkent. Er machte seinen Abschluss an der Staatlichen Universität in Kuban und promovierte in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vereinigte Staaten von Amerika. Er war von 2005 bis 2016 Forscher am Institut für die Vereinigten Staaten und Kanada an der Russischen Akademie der Wissenschaften.

* * *

"Lästige Russlandfixierung" – ZEIT rechnet mit deutschem Geschichtsbild ab

<https://freeassange.rtde.life/international/171444-laestige-russlandfixierung-zeit-rechnet-mit/>
01.06.2023

Laut der "Zeit" sei die lästige Russland-Fixierung der Deutschen obsolet geworden. Längst müsse sie einem Bündnis mit der Ukraine weichen. Doch der eigene Versuch, die ukrainische Geschichte schmackhaft zu machen, geht nach hinten los.

Eine Analyse von Wladislaw Sankin

"Wir müssen die Verantwortung übernehmen". Es ist gut bekannt, wie beliebt dieser Satz im deutschen Politbetrieb ist. Bekannt ist auch, mit welcher ernster Miene er stets verlautbart wird. Nun ist es die Ukraine, die Deutschland auch noch zu verantworten hat, gleichsam mit ihrer Geschichte, Sprache und Kultur. Demgegenüber steht der verhasste russische Rivale, der die Chuzpe hat, die ukrainische Geschichte aus seiner, der "imperialen" Perspektive zu erzählen. Aber auch die eigene Trägheit sei Schuld daran, weshalb die Ukraine im deutschen Bewusstsein angeblich immer noch

im Schatten Russlands stehe.

Aber da hilft Glück im Unglück: "Putins Krieg, der die Chance für einen Neuanfang in den deutsch-ukrainischen Beziehungen bietet." So wertet es der Chefredakteur von *Zeit Geschichte*, Frank Werner, im Vorwort des neuen Geschichtsheftes "Die UKRAINE, RUSSLAND und WIR: Eine wechselvolle Beziehung – vom Mittelalter bis heute", das am 23. Mai erschienen ist. Und er führt weiter aus:

"Die Voraussetzungen dafür: das Überleben der Ukraine mit deutscher Hilfe – und die Entsorgung des russifizierten Geschichtsbildes. Die Deutschen sollten die Ukraine nicht nur als Nation bewundern, die in der Not zusammenwächst, sondern ihr die eigenen kulturellen Wurzeln, die eigene Geschichte zurückgeben. Dazu möchte unser Heft beitragen."

Welche Geschichte Werner der Ukraine vor allem zurückgeben möchte, deutet das Cover des Heftes an: Die Geschichte der deutschen politischen Unterstützung für die ukrainische Staatlichkeit. Oder doch die Geschichte des deutschen Kolonialismus und der Eroberungszüge im Osten? Es ist nicht ganz klar. Sehen Sie selbst das Cover unter diesem Link.

"Paul von Hindenburg empfängt im September 1918 den von den Deutschen eingesetzten Hetman der Ukraine, Pawlo Skoropadskyj" – so beschreibt das Heft das große Bild oben. Dieses historische Foto hat etwas Ikonisches. Links steht der deutsche oberste Heeresleiter, rechts ein junger ukrainischer Politiker, der den väterlichen von Hindenburg etwas bewundernd anschaut. Links Pickelhaube, rechts Kosakengewand.

Dieser Szene wird unten links ein Pendant aus der Gegenwart gegenübergestellt: Das Händeschütteln des Bundespräsidenten Frank-Walter Steienmeier mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij beim Empfang in Kiew im Oktober 2022.

Die Hintergründe zum Skoropadskyj-Besuch sind gleich im Heft nachzulesen: Pawel Skoropadskyj (RT DE berichtete über ihn ausführlich), ein früherer russischer General aus altukrainischem Adel, ließ sich mithilfe deutscher Truppen am 29. April 1918 auf einer Versammlung der Grundbesitzerpartei in einem Zirkus in Kiew zum Hetman der Ukraine ausrufen.

Als vier Monate später seine Macht zu wackeln begann, lud die deutsche Militärverwaltung ihn nach Deutschland ein – um "die Fiktion einer unabhängigen Ukraine aufrechtzuerhalten und die Autorität des Hetmans zu stärken." Er führte dort viele Gespräche, traf sich mit Kaiser Wilhelm II. und besuchte die Chefs der Obersten Heeresleitung, Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, im Großen Hauptquartier in Spa. Ihnen versicherte er einmal mehr:

"Die Ukraine will mit Deutschlands Hilfe ein starker, lebensfähiger Staat werden. Sie will gern leisten, was Deutschland braucht."

Irgendwie klingt das nach dem heutigen "Die Freiheit Europas wird aktuell in der Ukraine verteidigt. Deutschland und die Bündnispartner müssen dafür ihren Teil beitragen!"

Natürlich betont das Heft: Damals war es eine aggressive, koloniale und hinterhältige Politik, die Deutschland im Ersten Weltkrieg in die Ukraine verschlug. Deutsche Beamte werden mit den Worten zitiert: "Insurgierung nicht nur Polens, sondern auch der Ukraine" sei "als Kampfmittel gegen Russland" wichtig. Und weiter: "Um das Zarenreich zu schwächen, unterstützen die Mittelmächte die ukrainische Nationalbewegung."

Wie das vonstatten ging, beschreibt der Historiker Volker Ullrich in aller Ausführlichkeit:

"Im Laufe des Jahres 1915 begann das preußische Kriegsministerium, ukrainische Kriegsgefangene abzusondern und in speziellen Lagern in Wetzlar, Rastatt, Salzwedel und Hannoversch-Münden zu sammeln. Unter ihnen sollten Kader für einen künftigen ukrainischen Staat rekrutiert werden. Außerdem wurden 'Turnvereine' gegründet, die der paramilitärischen Ausbildung dienten. Es komme darauf an, hieß es in einer Denkschrift des Bundes zur Befreiung der Ukraine vom Februar 1915, 'unsere gefangenen Landsleute mit Waffen zu versehen und zur Befreiung ihrer Heimat vom moskowitischen Joche gemeinsam mit den Truppen der Verbündeten heranzuziehen.'"

Als ob der Verfasser beim Zitieren keinen Déjà-Vu-Effekt angesichts der heutigen "Ausbildung der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr an modernen Waffensysteme" befürchtet hätte... Auch wird die Karte "Die Ukraine. Land und Volk" gezeigt, die verdeutlicht, wieviele Naturressourcen und Bodenschätze das Land im Jahre 1918 beherbergt hat – und zwar "zum Bedarf der Mittelmächte".

Die Novemberrevolution 1918 und die Wirren des russischen Bürgerkrieges haben den damaligen deutschen Ukraine-Plänen ein jähes Ende gesetzt. Nur zwei Monaten nach seinem Besuch musste Skoropadskij Kiew fluchtartig verlassen und nach Deutschland zurückkehren – diesmal als Flüchtling.

Nun kommen wir auf die Titelbilder zurück. "Das Überleben der Ukraine mit deutscher Hilfe" wird mit dem Vergleich Selenskij's mit einer deutschen Marionette und historischem Versager Skoropadskij versinnbildlicht. Und wenn man sich an die traurige Rolle von Hindenburgs erinnert, der gut vierzehn Jahre später Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, dann wird die kurze Bilderreihe endgültig zu einem bösen Witz.

Man könnte fast denken, die Bildredakteure hätten sich heimlich das Ziel gesetzt das Vorhaben des Heftes, ein positives geschichtliches Image der Ukraine zu vermitteln, durch diese Bilderwahl zu sabotieren. Dies ist aber höchst unwahrscheinlich. Viel eher ähnelt der Fauxpas einem Freudschen Versprecher. Schließlich wird im Heft davor gewarnt, das paternalistische Verhältnis zur Ukraine nicht als traditionelle deutsche Überheblichkeit gegenüber den angeblich kulturlosen, noch zu zivilisierenden Völkern Osteuropas aufzufassen.

Zwar liefert die Ausgabe in ihren 22 Artikeln viele Texte mit Objektivitätsanspruch. Aber Propaganda, Geschichtsrevisionismus und Verklärung bis hin zu bloßen Falschbehauptungen sind großzügig querbeet über das ganze Heft verteilt. So wird von dem ukrainischen Germanisten Prochasko im abschließenden Interview nicht nur die Sowjetunion (was eh schon zum guten Ton gehört), sondern auch das Russische Zarenreich ganz beiläufig mit Nazi-Deutschland gleichgesetzt:

"Dass schon das zaristische Russland, später die Sowjetunion und ebenso das 'Dritte Reich' im Osten Europas nichts anderes als Kolonialpolitik betrieben hatten."

Auch die sowjetische Periode der ukrainischen Geschichte wird immer wieder als "Besatzung" oder Herrschaft bezeichnet. Dabei wird kaum erwähnt, dass der Ukraine von der Zentralregierung in Moskau viele russisch geprägte Industrie-Gebiete im historischen "Neurussland", der Donbass und die Sloboda-Ukraine (Region um Charkow), als "Mitgift" und "Proletarisierungsanker" zugeschlagen wurden – oft entgegen dem Willen der dortigen Bevölkerung.

Auch die frühsowjetische Turbo-Ukrainisierung, die zur Assimilierung von Millionen von Russen innerhalb kürzester Zeit führte, wird einfach unterschlagen. Stattdessen setzen die Verfasser Ukraine und Ukrainer als Nation im modernen Sinne rückwirkend bis zum Mittelalter hin in alle

Gebiete hinein, die heute international anerkanntes Territorium des ukrainischen Staates umfassen. Und ganz klar wird im Sinne der heutigen Politik gesagt: In Russland herrsche ein "Diktator" und Nord Stream 2 sei ein deutscher "Sündenfall".

Bandera und seine Gefolgsleute: "Umstrittene Helden" und gute Partisanen

Im Geiste der heute vorherrschenden Cancel- und Umschreibungspolitik sind diese Ausfälle nicht verwunderlich. Spannend wird es jedoch, wenn gleich mehrere Autoren auf die unheilge Allianz der ukrainischen Nationalisten mit Nazi-Deutschland zu sprechen kommen. Leute wie Stepan Bandera und sonstige bekennende Faschisten seien lediglich "umstrittene Nationalhelden" (Klaus Latzel). Solchen Personen wird also auch von der deutschen Historikerszene der Heldenstatus zumindest teilweise zugesprochen. "Leider haben die Ukrainer keine anderen. Sie braucht sie aber als junge Nation", sagte einmal der Vorsitzende der deutsch-ukrainischen Historikerkommission, Martin Schulze Wessel, dem Autor dieser Zeilen in einem Privatgespräch.

Seltsam. Denn auch in dem *Zeit*-Heft wird betont, dass in den Reihen der Roten Armee viele Millionen Ukrainer gegen Hitler-Deutschland und seine Verbündeten (auch in den Reihen der ukrainischen Kollaborateure) gekämpft haben. Millionen sind dabei gefallen. Wie wäre es, wenn diese Menschen zu Helden erklärt würden?

Nein, das kommt nicht in Frage. Weder für Kiew noch für die Herausgeber der *Zeit*. Diese Menschen sind nur im russischen Verständnis Helden. Und das muss doch "entsorgt" werden! Wie Unrat. Abfall. Müll. Die Nähe derartiger Formulierungen zur Nazi-Sprache kommt nicht von ungefähr. Welche "Früchte" diese Handlungsanweisung bei dem Historiker Schulze Wessel trägt, wird an folgendem Zitat aus seinem Einleitungsartikel deutlich. Er schreibt:

"Gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung betrieben die Deutschen eine Politik, die auf Ausbeutung, Zwangsarbeit und Erniedrigung zielte."

Die viel passenderen Wörter "Mord", "Verbrechen" oder "Genozid" kommen hier gar nicht vor. Die Nazis hätten in der Sowjetukraine lediglich "Unrecht" getan (s. Zitat unten) – also in etwa wie die SED-Funktionäre in der DDR, denn wir wissen, dass die DDR gern als "Unrechtsstaat" bezeichnet wird. Die DDR hat aber keine Kriege geführt und auch keine Vernichtungspolitik betrieben.

Der indirekte Vergleich zweier unvergleichbarer Staaten aus dem Munde eines Historikers und Funktionärs mit Rang und Namen kommt einer massiven Verharmlosung der Nazi-Verbrechen gleich. Aber selbst das ist nicht das Interessanteste:

"Die Ukrainerinnen und Ukrainer erduldeten dieses Unrecht nicht nur und passten sich an, sie leisteten auch aktiven Widerstand gegen die deutsche Besatzung und gegen die Sowjetisierung nach 1945. Erst acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnte der Kreml den Widerstand der ukrainischen Partisanen, der sogenannten Waldbrüder, brechen."

Diese nebulös formulierten Sätze sind schwer an Geschichtsrevisionismus zu überbieten. Die echten Kämpfer gegen die deutsche Besatzung, die vom ersten Tag des Krieges an die Invasoren bekämpft haben – die Sowjet-Partisanen nämlich – werden nicht erwähnt. Offenbar meint Schulze Wessel mit "ukrainische Partisanen" Mitglieder der erst 1942 gegründeten Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) – die nicht etwa durch ihre nur wenigen Angriffe auf die Deutschen berühmt geworden sind, sondern vielmehr durch das Massaker an polnischen Zivilisten in Wolhynien im Sommer 1943 und ihren Terror gegen die Sowjetbevölkerung.

Laut offiziellen Zahlen wurden im Zeitraum vom 1945 bis 1953 mehr als 30.000 Sowjetbürger, hauptsächlich Bauern, örtliche Verwaltungskräfte und Lehrer, in der Westukraine von den "Banderisten" (so wurden sie im Volksmund genannt) hinterhältig und teilweise mit bestialischer Brutalität ermordet. Viele Zeitzeugen gehen von einer viel höheren Zahl aus.

Das Trauma des Bandera-Terrors ist fest in das Geschichtsbewusstsein der Sowjet-Bevölkerung eingebrannt. Der ehemalige russische Kulturminister und Helfer des Russischen Präsidenten, Wladimir Medinski, erzählte in einem Interview, dass sein Großonkel, ein Lehrer für russische Sprache, von den Banderisten vor den Augen des ganzen Dorfes zerstückelt worden sei. Seine Überreste seien anschließend in Baumlöchern versteckt worden. Nach all dem Gräuel habe seine Frau den Verstand verloren. Die Tatsache, dass diese Mörder-Banden von den Westmächten – einschließlich Westdeutschlands – direkte Unterstützung erhielten, ist kaum bekannt. Überraschend erwähnt der *Zeit*-Autor Latzel diese Tatsachen dennoch:

"Nach 1945 schreckte Bandera nicht davor zurück, seinen Sicherheitsdienst mit dem Mord an politischen Gegnern zu beauftragen. Zeitweise schützten und finanzierten ihn britische und amerikanische Geheimdienste sowie der Bundesnachrichtendienst, da sie an Verbindungen zum Untergrund in der Sowjetunion interessiert waren."

Man darf sich keine Illusionen machen. Spätestens seit den Anfängen der Schriftkultur stehen geschichtliche Narrative stets im Dienste der Politik. Die Weißwaschung des ukrainischen Nationalismus und die Abwendung von Russland in der heutigen Bundesrepublik sind ein sicheres Zeichen dafür, dass die deutsche Politik – wie ungern auch immer dies zugegeben wird – sich (geo)politisch zunehmend an den Zeiten des langen "Dranges nach Osten" in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts orientiert.

Die Bildsprache des *Zeit*-Heftes hat dies besser als jeder kritische Journalist zum Ausdruck gebracht.

* * *

Meinung

Die Rache vergesslicher Journalisten, Sündenbockjäger und "Schwurbel"-Forscher – der Fall Bhakdi

<https://freeassange.rtde.life/meinung/170930-fall-bhakdi-und-rache-vergesslicher/>

25.05.2023

Der Freispruch des Mikrobiologen Sucharit Bhakdi sorgte für eine mediale Empörungswelle. Offenbar stecken geblieben auf dem Erkenntnisstand von 2020, kramten Journalisten ihre alten Kampfbegriffe hervor, anstatt das Geschehen und ihre eigene Rolle dabei zu reflektieren.

Von Susan Bonath

Der Freispruch des Mikrobiologen und Mediziners Sucharit Bhakdi vom Vorwurf der Volksverhetzung sorgte in zahlreichen Medien für blanken Aufruhr. Empörte Journalisten, NGO-Vorsitzende und Verbandssprecher interpretierten nicht nur den fallen gelassenen Vorwurf rachelüstern und einseitig. Sie erweckten ihre Kampfbegriffe aus düsterer Corona-Zeit, vom "Verschwörungserzähler" bis zum "Schwurbler", zu neuem Leben, als hätte es in den letzten beiden Jahren keinerlei Erkenntnis-Fortschritte zu Corona gegeben und eine tiefgreifende Amnesie die Medienhäuser ergriffen.

Sündenbockjäger gegen "Schwurbler"

Die "Berichterstattung" über den Prozess glich eher einem moralisch überladenen Nachtreten als einer ehrlichen Beschäftigung mit möglichen antisemitischen Vorurteilen in Bhakdis Aussagen. Die Rachsucht jener Fraktion, die noch voriges Jahr Impfunwillige lustvoll schikanierte, ihnen Grundrechte und Menschenwürde absprach, sie als nutzlosen Blinddarm und Mörder bezeichnete, sprang einem geradezu entgegen.

Über viele Monate hinweg drangsalierte der Staatsapparat Ungeimpfte massiv. Man zwang sie zu täglichen Tests, bedrohte sie mit Jobverlust, sperrte sie aus Einkaufsläden und Bussen aus. Der Mob durfte sich in den Medien nach Herzenslust mit seinen Bestrafungsfantasien gegen diese Gruppe austoben, die ihr Ungeimpftsein oftmals gut begründen konnte, auch wenn sie niemand anhörte. In diesem Kontext ist es nicht verwunderlich, wenn derart öffentlich Attackierten die sprichwörtliche Hutschnur platzt, besonders wenn sie, wie Bhakdi, am öffentlichen Pranger der Sündenbock-Theoretiker standen.

Mittlerweile ist längst in den Mainstream gesickert, dass Tausende Menschen in Deutschland durch die von Bhakdi kritisierten Impfstoffe schwer geschädigt wurden. Die genaue Anzahl der Impfpflichter ist genauso unbekannt wie die Möglichkeiten für ihre adäquate Behandlung, und zwar schlicht deshalb, weil keiner danach forscht und die Masse der Mediziner und Politiker nach wie vor wegschaut. Wenn hier also jemand etwas leugnet oder verharmlost, dann sind das zuallererst Politiker, Journalisten, Wissenschaftler in Bezug auf diese Schäden.

Vor genau diesen Folgen hatte Bhakdi unter anderem gewarnt. Doch die Fraktion der einstigen Ungeimpften-Jäger leugnet sichtlich aggressiv den verbrieften Erkenntnisfortschritt. Flugs kramte die *taz* ihren "Schwurbler" und "Coronaleugner" wieder aus der Mottenkiste und warf dem Mediziner in alter Manier "Verschwörungsglauben" vor. Und dass "Schwurbelei" sowieso immer "in Gewalt mündet", weiß man spätestens seit einem Bericht der *Rheinischen Post* von Anfang Mai.

Die Rache der Ertappten

Der *Spiegel* machte sich lustig über die vor Ort anwesenden Unterstützer Bhakdis, die ihre "Ikone der Querdenkerbewegung" wie einen "Messias" feierten. Unter Berufung auf die einstigen Regierungsvirologen, die nachweislich in vieler Hinsicht grandiosen Unsinn verbreitet hatten, qualifiziert das Blatt auch heute noch "viele seiner Thesen" als "irreführend" und "schlichtweg falsch" – ohne irgendeine Begründung.

Dass der *Spiegel* seinerseits Anfang 2021 die BioNTech-Chefs wie Gottgesandte feierte und dabei auch noch allerlei Falschinformationen über die Wirksamkeit ihres Präparats verbreitete, also "schwurbelte", was das Zeug hielt, blieb freilich unerwähnt in der aktuellen "Berichterstattung". In der Psychologie nennt man so etwas Projektion des eigenen Verhaltens auf andere, eine Art Rache der Ertappten.

Für das öffentlich-rechtliche Schlachtschiff der Meinungsmache, die *Tagesschau*, bleiben Bhakdis Äußerungen trotz einer anderslautenden Gerichtsentscheidung eine "antisemitisch" motivierte "Relativierung des Holocaust". Und natürlich ist die "jüdische Werteinitiative", wer immer sich von ihr konkret vertreten fühlt, "entsetzt". Jüdisches Leben sei damit in Deutschland gar "einen Schritt unsicherer geworden", so deren Vorsitzender. Man will offenbar mit Empörung Leser bei der Stange halten. Immerhin unterließ es die *ARD* diesmal, über Bhakdis angebliche Falschbehauptungen zu Corona zu "schwurbeln".

Israel als Impfweltmeister 2021

Der tatsächliche Kontext zu Bhakdis Aussagen (wörtlich hier nachzulesen) blieb aber größtenteils unerwähnt. Der Wissenschaftler hatte schon früh vor den Gefahren durch Massenimpfungen mit der ganz sicher unzureichend erprobten mRNA-Technologie gewarnt – und auch nicht gänzlich Unrecht behalten.

Ausgerechnet Israel wurde schon Ende 2020 zum Impfweltmeister. Als in Deutschland gerade die ersten Probanden aus Altersheimen medienwirksam mit den mRNA-Vakzinen behandelt wurden, war dort bereits eine halbe Million Menschen durchgeimpft – nicht zuletzt massiv genötigt vom Staat durch angedrohte Repressionen. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu strebte demzufolge einen "Weltrekord" an – Bhakdi sprach von einem Versuchslabor.

Für sich allein betrachtet erscheinen Bhakdis Aussagen tatsächlich problematisch, schon weil er von "den Juden" sprach. Erst im Zusammenhang wird deutlich: Bhakdis Kritik richtete sich gegen die israelische Regierung und ihre autoritäre Vorreiterrolle in Sachen Impfwang – ohne dass Nutzen und Schaden der Präparate genau erforscht waren. "Die Juden" hätten, so Bhakdi sinngemäß, selbst unfassbares Leid durch die Nazis erlebt – und jetzt praktiziere ihr eigener Staat ähnliches.

Wirklich keine Parallele?

Ähnlich bedeutet nicht gleich, und das Affektgeschrei, Bhakdi habe den Holocaust damit verharmlost, blendet eines aus: Die industrielle Ausrottungsmaschinerie der deutschen Nazis, die sich gegen Juden, Sinti und Roma, Kommunisten, Arbeitslose und auch verschiedene Bevölkerungsgruppen slawischer Herkunft richtete, bestand nicht allein aus Gaskammern.

Viele KZ-Häftlinge, die nicht sofort hingerichtet oder zum langsameren Sterben durch Überarbeitung in Rüstungskonzernen und systematische Unterversorgung verurteilt waren,

missbrauchte die SS für vielfach tödliche medizinische Menschenexperimente – übrigens auch für die Impfindustrie. Oder besser gesagt: Die SS befahl die grausamen Versuche, Ärzte, Mediziner und Wissenschaftler führten sie beflissen aus.

Die offene Brutalität und Grausamkeit der Mordmaschine der deutschen Nazis ist gewiss ein absoluter Höhepunkt in der langen Geschichte imperialistischer und faschistischer Barbarei. Genau deshalb gibt es heute beispielsweise den Nürnberger Kodex: Niemals wieder dürfen danach Menschen gegen ihren Willen zu medizinischen Experimenten genötigt oder gezwungen werden.

Doch wenn man ehrlich ist, passierte eine solche Nötigung mit den neuartigen Corona-mRNA-Vakzinen: Viele Regierungen, darunter die israelische, zwangen ihren Bürgern unter Androhung teils massiver Repressionen Medikamente auf, von denen weder die konkrete Wirksamkeit noch das Schadenspotential bekannt waren.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Das Corona-Impfprogramm war ein gigantisches Massenexperiment mit unbekanntem Ausgang – und viel mehr Nebenwirkungen, als lange Zeit suggeriert wurde. Es wurde betrogen und gelogen, bis sich die Balken bogen. Nicht zuletzt ging es dabei vor allem wohl um eins: um gigantische Maximalprofit-Aussichten einschlägiger Pharmakonzerne, die dafür in der Vergangenheit durchaus schon über Leichen gingen. Pfizer ist das beste Beispiel.

Vom Staat in die Enge getrieben

Bevor mir jetzt auch Holocaust-Verharmloserei vorgeworfen wird, möchte ich noch mal persönlich zurückgehen in diese Zeit der öffentlichen Jagd auf jene Menschen, die an diesem Experiment nicht teilnehmen wollten. Ich habe viele Betroffene (zu denen ich selbst gehörte) kennengelernt. Es grassierte vielfach die blanke Angst: vor Zwangsimpfungen, Gefängnisstrafen, sozialem Ruin bis hin zur Obdachlosigkeit, Verlust des Studiums oder Jobs, Erpressung der eigenen Kinder durch Lehrer und so weiter. Ich habe junge und alte Leute getroffen, die in schwere Depressionen verfallen waren, Suizid- oder Fluchtgedanken hegten.

Dass tatsächlich Menschen an der Impfung gestorben sind, lässt sich auch nicht mehr von der Hand weisen. Bei der mit 32 Jahren verstorbenen Dana Ottmann aus Herford ist die Impfung als Auslöser sogar rechtsmedizinisch erwiesen. Bei der erst 15-jährigen Cheyenne Braun aus Bayern ist diese Ursache so gut wie sicher. Und dass die Impfung des 2021 verstorbenen 12-jährigen Jason aus Cuxhaven nicht die alleinige Todesursache gewesen sein soll, heißt zugleich, dass die Spritze sehr wohl mit dazu beitrug und er vermutlich ohne Impfung noch leben würde. Und das sind nur drei Beispiele von vielen.

Das Problem bei den nicht bis ins letzte Detail bewiesenen Fällen ist die Unmöglichkeit eines hundertprozentigen Beweises. Und der behördliche Unwillen, genauer hinzusehen. Es ging nie um bloße Angst vor einem "Pieks", wie es vielfach bagatellisiert wurde, sondern um Angst von jener Sorte: Was, wenn mir oder meinem Kind das Gleiche passiert, wenn wir dem Druck der Medien, Politik und Institutionen nicht mehr standhalten können? Der Staat und die Medien trieben die Menschen regelrecht in die Enge.

Diesen beängstigenden Druck haben seinerzeit viele der Schreiberlinge, die jetzt ihren "Schwurbler"-Vorwurf aus der Mottenkiste holen, selbst ausgeübt. War das nicht echte Volksverhetzung mit durchaus schweren Nebenwirkungen? Darüber muss gesprochen werden, nicht über Bhakdis emotional aufgeladene Warnungen vor genau diesen in Kauf genommenen Gefahren.

* * *

Henry Kissinger – Gelehrter, Politiker und Kriegsverbrecher

<https://freeassange.rtde.life/meinung/171062-henry-kissinger-gelehrter-politiker-und-kriegsverbrecher/>

26.05.2023

Kissinger lässt niemanden kalt. Er polarisiert und hinterlässt verbrannte Erde, auch im übertragenen Sinne. Eine Collage von der ehemaligen Außenministerin der Republik Österreich, Dr. Karin Kneissl, zum 100. Geburtstag des Orakels von Washington.

Von Dr. Karin Kneissl

Seine Bücher las und lese ich mit Begeisterung, ob die Memoiren aus seiner Zeit als Nationaler Sicherheitsberater und umtriebiger US-Außenminister in den 1970er Jahren oder seine Werke über Diplomatie, China und Geopolitik. Seine Nacht-und-Nebel-Aktionen für die große Volte der USA, weg von Taiwan und hin zur Volksrepublik China, die er auf US-Seite für Präsident Richard Nixon organisierte, bleiben wohl sein außenpolitisches Husarenstück. Die Begriffe Ping-Pong-Diplomatie und Panda-Diplomatie waren geboren. Nixon würde bald darauf den Begründer des modernen China, Mao Tse-tung, in Peking besuchen – und das war zweifellos eine Bombe, die damals auf der Weltbühne einschlug. Taiwan hatte das Nachsehen.

Es war Kissinger, der entgegen den Wahlversprechen Nixons vor dessen Wahl im Jahr 1968, den Vietnamkrieg zu beenden, Waffenlieferungen forcierte, um den kommunistischen Vietkong erfolglos zu bekämpfen. Auf das Konto von Kissinger und Nixon gehen die Flächenbombardierungen mit circa 150.000 Toten in Kambodscha und Laos, die in den Krieg hineingezogen wurden. Groteskerweise erhielt Kissinger im Jahre 1973 den Friedensnobelpreis, dessen Vergabe offenbar schon seit Jahrzehnten sehr erratisch ist.

Zynischer Machtmensch

Kissinger lässt niemanden kalt. Er polarisiert und hinterlässt verbrannte Erde, auch im übertragenen Sinne. Diplomaten, die für ihn arbeiteten, haben oft eine tief sitzende schlechte Meinung von ihm. Robert G. Neumann, der 1938 aus Österreich vor den Nazis in die USA floh und dort im Außenministerium aufstieg, war mir ein väterlicher Freund, als ich in Washington im Jahr 1988 ein Stipendium hatte. Ich erinnere mich gut an die Verachtung, die der sonst so umgängliche Botschafter Neumann für seinen einstigen Chef hatte. Damals erhielt das Bild des erfolgreichen jüdischen Emigranten aus Deutschland, der für uns Studenten der 1980er Jahre eine Art akademischer Superstar war, erste Kratzer.

Neumann meinte, dass Kissinger Menschen nicht mochte. Und das machte mich stutzig, denn der Autor und Historiker Kissinger, der seine Doktorarbeit in Harvard über den absolutistischen Staatskanzler Clemens Metternich verfasst hatte, sah sich in seinen zahlreichen Werken über Staatskunst und Diplomatie sehr gerne selbst ein wenig in der Nachfolge seiner großen Vorbilder Metternich und des deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck. Was diese historischen Persönlichkeiten wohl auszeichnete, war Charakterstärke, denn sie hielten Kurs und ließen sich nicht einschüchtern. Eben eine solche Charakterfestigkeit fehlt Kissinger, meinte der einstige US-Diplomat aus Österreich, mit dem ich mich gerne austauschte.

Kissinger verstand sich stets als der große Realpolitiker seiner Zeit, der die Register von Fernost über Dossiers des Kalten Krieges bis zu den alliierten Juntachefs in Lateinamerika zog. Staatsstrieche in Argentinien und Chile mit Zehntausenden Verschwundenen gingen auch auf sein Konto. Menschenleben waren hierbei Figuren auf seinem globalen Schachbrett. Auch Nixon soll vom Zynismus seines Außenpolitikers, über den er gerne öffentlich spottete, überrascht gewesen

sein. Roger Morris aus dem Stab Kissingers meinte: "Wenn wir Henry Kissinger nach den gleichen Maßstäben beurteilen, wie wir es mit den anderen Staatschefs und Politikern in anderen Gesellschaften getan haben, zum Beispiel in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg, dann wird er sicher irgendwann als Kriegsverbrecher verurteilt werden." Dass es noch dazu kommt, ist wohl eher zu bezweifeln. Kissinger ist fast sakrosankt, der alte Ratgeber und der allgegenwärtige Kommentator.

Was Metternich und Bismarck einem Kissinger voraushatten, das war vielleicht ihr Wissen um die Natur des Menschen und damit auch ihre Liebe zum Menschen. Liest man deren Biografien aufmerksam, so trifft man auf schillernde Persönlichkeiten, die ein Gespür für das Machbare und das Zumutbare hatten. Metternich hat schlechte Presse bis heute, doch er war nicht (nur) der brutale Kutscher Europas, als den ihn republikanische Freiheitskämpfer aus ihrer Warte sahen.

Kissinger hat das Glück, trotz aller schwarzen Flecken in seiner Vita, bis heute über sehr gute Kommunikation zu verfügen. Ihm hört die Welt oft und gerne zu. Er redet ja nicht nur, sondern sagt auch einiges. Im Frühjahr 2022, als er sehr realistisch die Territorialfragen rund um die Ukraine und vor allem die Krim benannte, die Neutralität einforderte, hätte man ihm in Brüssel und Washington zuhören sollen. Den Ukraine Konflikt hat er stets im Lichte eines erforderlichen Gleichgewichts der Kräfte in Europa erklärt und legte auch einige Punkte für neue Gespräche vor. Doch Kissinger ist mit seinen 100 Jahren mehr eine Art Orakel in Washington, wohin Generationen von Außenpolitikern pilgern und den alten Herrn befragen, seinen Anekdoten lauschen und seine "letzte Warnung" vielleicht überhören, wenn er vom Abstieg der USA und einem provozierten Konflikt mit China spricht.

Der Erfinder der Pendeldiplomatie

Kissinger hat für sich auch das Image eines vermeintlichen Universalgelehrten im Hinblick auf die Weltpolitik geschaffen. Es gibt kein Thema, zu dem er sich nicht äußert. Derzeit schreibt er an seinem neuen Buch zu künstlicher Intelligenz. Eben wie ein Metternich wollte er stets viele Schalthebel bedienen.

Intelligenz und gute Ausbildung erleichtern zweifellos das Einarbeiten in ein Dossier, aber als Krisenmanager vom Nahen Osten keine Ahnung haben, das kann dann doch Probleme aufwerfen. Im Herbst 1973 pendelte Kissinger im Flieger zwischen Israel, Ägypten und Syrien hin und her, um Israel vor der damals imminenter militärischen Niederlage angesichts der vereinten Militäroperation von Syrien und Ägypten zu bewahren. Es war Kissinger, der Israel erstmals US-Militärhilfe und vor allem viel Treibstoff zur Verfügung stellte. Die arabischen Erdölproduzenten reagierten daraufhin mit dem Ölembargo. Der Erdölpreis vervierfachte sich binnen drei Wochen.

All dies hatte Kissinger offenbar nicht sofort begriffen. In Damaskus war er fasziniert von Hafis al-Assad, den er als Bismarck von Syrien bezeichnete. Den ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat gewann er bald für einen Teilfrieden mit Israel, was die Lage in der Region auch nicht verbesserte.

Kissinger ist der oft überschätzte Vermittler, der Vielschreiber und jener, der sich immer wieder aufs Neue aus der Affäre zieht. Er zehrt 50 Jahre nach seiner aktiven politischen Zeit immer noch von jenen besonderen Erfahrungen im Weißen Haus, von wo Nixon unter Schimpf und Schande vertrieben wurde. Henry würde aber immer aufs Neue auf die Butterseite des Lebens fallen, Firmen gründen, Bestseller präsentieren und herumgereicht werden.

Seinen markanten deutschen Akzent im Englischen hat er sich auch 85 Jahre nach der Flucht aus Deutschland erhalten. Es ist im zuzutrauen, dass er noch weitere Vorträge halten wird und als der alte weise weiße Mann so manches Statement macht. Man kann es mal so, dann aber auch wieder

anders interpretieren, so wie seine widersprüchlichen Zusagen zur Ukraine, ob neutral oder als Teil der NATO. Eben Kissinger – das Orakel am Ufer des Potomac.

* * *

Das afrikanische Jahrhundert

<https://freeassange.rtde.life/meinung/171070-afrikanische-jahrhundert/>

27.05.2023

Mit Erpressungen und Drohungen versuchen die Länder der EU, in Afrika Gehorsam zu erzwingen und eine Stellungnahme gegen Russland und China zu erreichen. Damit berauben sie sich selbst der Chancen, die die Zukunft Afrikas auch ihnen bieten könnte.

Von Dagmar Henn

Gestern war der Telegram-Kanal des russischen Außenministeriums voller Glückwünsche an afrikanische Staaten. Wir gratulieren zum Afrika-Tag, hieß es, und die Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vor sechzig Jahren wurde erwähnt. Eine Organisation, deren Gründung so spät erfolgte, weil zuvor die offene koloniale Herrschaft (weitgehend) beendet werden musste.

Wenn man auf die Webseite des deutschen Außenministeriums blickt, wird man keine solchen Glückwünsche finden. Was nicht verwundern muss – die Bundesrepublik stand ebenso auf der Seite der Kolonialmächte, wie die Sowjetunion auf der Seite der Unabhängigkeitsbewegungen, und beides wirkt bis heute nach.

Wobei ja der Kolonialismus nur seine Gestalt geändert hat. Musterbeispiel dafür ist und bleibt der französische Kolonialpakt, der die Kolonien zwar formell in die Unabhängigkeit entließ, ihnen aber die Kontrolle über ihre Devisenreserven entzieht und dazu verpflichtet, stets französischen Firmen den Vortritt zu lassen, sobald es etwas zu verdienen gibt. Durch den CFA-Franc sind diese Länder auch noch an den Euro gebunden und müssen noch immer eine Steuer für die "französischen Leistungen" entrichten.

In den letzten Jahren versuchen allerdings einige davon, sich der französischen Kontrolle zu entziehen. Das kann allerdings nur gelingen, wenn sie vor Militärinterventionen der Kolonialmacht sicher sind, die widerspenstige Staatsoberhäupter wie Thomas Sankara nach wie vor gern aus dem Weg räumt. Damit sind wir auch bei dem Grund dafür, warum unter anderem im Deutschen Bundestag gerade ein Versuch läuft, die Wagner-Organisation auf die Terrorliste der EU zu setzen.

Mali und Burkina Faso, beides Opfer des Kolonialpakts, haben es geschafft, sich mithilfe von Wagner davon zu befreien; damit wird auch klar, warum die EU-Verteidigungsminister bei ihrem letzten Treffen diese Woche neue Militäreinsätze in Niger, Benin, Togo und an der Elfenbeinküste beschlossen haben, alles "ehemalige" französische Kolonien. Nun, auch das kann man als Kommentar zum Jubiläum der OAU betrachten.

Das Auswärtige Amt behandelt diesen Jahrestag so, wie man Afrika immer gern behandelt, und publiziert am Vorabend einen Artikel zum "Kampf gegen Hunger am Horn von Afrika". In diesem Artikel stellt man zum einen die Afrikaner wieder einmal als die notleidenden Hilfebedürftigen dar, zum anderen unterschlägt man wie üblich die eigene Beteiligung an den steigenden Lebensmittelpreisen und stellt sich dann auch noch als Retter in der Not dar; das übliche Geschäft also.

(Es war übrigens gar nicht einfach, ein Bild einer modernen afrikanischen Stadt für den Titel zu finden, und es ist kein Zufall, dass der Fotograf der Aufnahme, die diesen Artikel illustriert, ein Chinese ist – diese Seite afrikanischer Wirklichkeit wird in Europa weit seltener gezeigt als Bilder von Lehmhütten).

Die Klimaerzählung sollte, das kann man unschwer erkennen, dazu genutzt werden, um eine Industrialisierung afrikanischer Nationen weiter zu verzögern und neue Abhängigkeiten auszulösen, die diesmal durch den Geldbedarf zum Ausbau erneuerbarer Energien entstehen sollten; die Importbesteuerung nach CO₂-Verbrauch ist das Gegenstück in der EU-Gesetzgebung, das den nötigen Zwang ausüben sollte.

Nicht nur Wagner stört diese Kreise. Auch China durchkreuzt diese Pläne mit seinen Infrastrukturprojekten und seinen Handelsbeziehungen; zuletzt kommen dazu noch die Angebote, Außenhandel ohne Nutzung des US-Dollar (oder des CFA-Francs) abzuwickeln oder gar den BRICS beizutreten.

Das Absurde an dieser Lage ist, dass Afrika enormes Potenzial besitzt, das aber unter den Bedingungen eines kolonialen Verhältnisses gar nicht erschlossen werden kann. Es ist der am wenigsten erschlossene Kontinent mit der größten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche überhaupt, der jüngsten und damit sowohl am leichtesten auszubildenden als auch konsumfreudigsten Bevölkerung, einem ungeheuren Bedarf an Infrastruktur und kolossalen Möglichkeiten im noch absolut unterentwickelten Binnenhandel. Außerdem dank der Tatsache, dass einzig hier die Gattung Mensch eine gewisse genetische Vielfalt aufweist, eine Schatzkammer für die medizinische Entwicklung.

Aber damit diese Vorteile zur Geltung kommen können, müssen jene Strukturen beseitigt werden, die über all die Jahrzehnte dazu führten, dass jeglicher Reichtum in den Westen floss. Wie sehr große Teile des Kontinents den Bedürfnissen der Kolonialherren unterworfen waren und sind, zeigt ein Blick auf das Straßennetz, das im Grunde stets nur eine Richtung kennt – hin zur Küste, zum Hafen, aus dem Güter abtransportiert werden können.

Es braucht einen Schub der Industrialisierung, eine Explosion der Bildung, um das Potenzial zu erschließen; aber Industrialisierung ist genau einer der Punkte, auf den der Westen stets allergisch reagiert, wie das Beispiel von Burkina Faso und Thomas Sankara belegt. Nicht von ohnehin ist das am weitesten industrialisierte Land Afrikas unterhalb der Sahara Südafrika, das länger als alle anderen afrikanischen Länder unter direkter weißer Herrschaft stand; wäre es nicht als europäische Exklave gesehen worden, hätte es diese industrielle Entwicklung nie gegeben.

Der Blick aus dem Westen auf diesen gigantischen Kontinent ist bis heute von jener Erzählung geprägt, die während und kurz nach der direkten kolonialen Herrschaft geschaffen wurde. Afrika sei überbevölkert, hieß es bereits in den 1960ern; Löwen, Elefanten und Zebras seien bedroht, weshalb die Menschen zurückgedrängt werden müssten; Afrikaner sind arm, leben in Lehmhütten und leiden regelmäßig unter Hunger.

So gut wie niemand im Westen kennt die Geschichte der afrikanischen Zivilisationen in Ost- oder in Westafrika, die Stadtstaaten und Reiche, die entlang der Atlantikküste bestanden, die reichen kulturellen Überlieferungen, denn die Menschen Afrikas waren und sind aus europäischer Sicht stets nur Objekt. Selbst dann, wenn das europäische Gegenüber von seinen guten Absichten überzeugt ist, wie bei Außenministerin Baerbocks Aussage zu nigerianischen Dorf Toiletten.

In Afrika wird dieses Denken jedoch sofort erkannt. Man kann sich zurzeit auf *Netflix* die Verfilmung eines nigerianischen Theaterstücks ansehen, geschrieben vom Literaturnobelpreisträger

Wole Soyinka im Jahr 1976. Elesin Oba, der Reiter des Königs. So langsam die Geschichte beginnt, so fremd die meisten Ereignisse und Verhaltensweisen sein mögen, das Stück gipfelt in einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Würdenträgern der Stadt Oyo und den Vertretern der britischen Kolonialverwaltung.

Soyinka hat damals das Jahr 1943 als Hintergrund seines Dramas gewählt, aber was der Sohn des königlichen Reiters, der gerade nach seinem Medizinstudium aus England zurückgekehrt ist, den Briten an den Kopf wirft, ist genau das, was augenblicklich in einem Dutzend Varianten aus Afrika zu hören ist. "Ihr stürzt die Welt in Kriege, die Millionen von Leben kosten, und wagt es, uns Barbaren zu nennen."

Die Wut, die die guten Beziehungen Russlands wie Chinas nach Afrika im Westen erzeugen, hat natürlich auch mit den Lasten einer düsteren Geschichte zu tun, von der diese Beziehungen frei sind. Beginnend mit den Jahrhunderten des Sklavenhandels, über die koloniale Besatzung mit dem deutschen Völkermord an den Herero und Nama und der belgischen Versklavung des Kongo als Höhepunkte, über die Befreiungskriege, die in Mosambik und Angola bis 1974 und im Grunde in Südafrika bis 1993 dauerten, hin zu den Auflagen des IWF und dem französischen Kolonialpakt – unter solchen Bedingungen ist Vertrauen schwer zu erreichen, und es ist kein Wunder, dass die Länder, nun, da es ihnen möglich ist, sich vom Westen abzuwenden, dies auch tun.

Dieses Jahrhundert kann ein afrikanisches Jahrhundert werden, und das Versprechen auf eine unabhängige Zukunft, das sich in der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit vor sechzig Jahren manifestierte, kann sich endlich verwirklichen. Für die Menschen Europas wird das heißen, dass der Migrationsdruck schwindet, und dass sie womöglich durch Handel vom afrikanischen Aufstieg profitieren könnten; allerdings nur, wenn es gelingt, koloniale Ansprüche und koloniales Denken endlich abzuwerfen. Wenn nicht, dürfte der Wurmfortsatz Asiens in den nächsten Jahrzehnten erfahren, wie unangenehm es sein kann, völlig unbedeutend zu sein.

* * *

"Nimm es weg und teile es": Bernard-Henri Lévy's wilde Idee gibt Anlass zu ernster Sorge

<https://freeassange.rtde.life/meinung/171144-nimm-es-weg-und-teile/>

28.05.2023

Der ominöse französische "Philosoph" Bernard-Henri Lévy taucht immer dort auf, wo der westliche Imperialismus Attacken gegen Russland fährt. Nun nimmt er den Umstand, dass eine der Einheiten der Roten Armee ab 1944 die Bezeichnung "1. Ukrainische Front" trug, zum Anlass, Russland den Sitz im UN-Sicherheitsrat streitig zu machen.

Von Wladimir Kornilow

Die Idee, Russland seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat oder zumindest das Vetorecht zu entziehen, ist nicht neu. Seit dem Beginn der Militäroperation in der Ukraine wurde sie auf verschiedenen Ebenen geäußert, unter anderem von US-Kongressabgeordneten. Ganz zu schweigen von zahlreichen Kolumnen in verschiedenen westlichen Zeitungen. Doch nun hat die Idee eine neue Färbung angenommen, denn vorgeschlagen wurde, Russland nicht nur aus dem Sicherheitsrat auszuschließen, sondern seinen Platz der Ukraine zu übergeben.

Diese "revolutionäre" Idee stammt von Bernard-Henri Lévy, einem französischen "Sänger des Maidan" und Lobbyisten der ukrainischen Nazis und wurde in der amerikanischen Zeitung *The Wall Street Journal* vorgestellt. Lévy präsentiert dort "Argumente", mit denen das offizielle Kiew seit

Langem hantiert: Sie gehen dahin, dass Russland seinen Sitz im Sicherheitsrat unrechtmäßig innehat, weil es nach dem Zusammenbruch der UdSSR keinen Anspruch auf eine automatische Übertragung dieses Sitzes hatte. Dementsprechend kommt Lévy zu dem Schluss, Russlands ständige Mitgliedschaft und sein Vetorecht hätten "keine rechtliche Grundlage".

Doch der Franzose geht noch weiter. Er begründet seinen Vorschlag, der Ukraine den freien Sitz im Sicherheitsrat zu übergeben, mit der "genialen" Behauptung, dass die 1. Ukrainische Front, die die Gefangenen von Auschwitz befreit hat, einen wesentlichen Beitrag zur Niederlage der Nazis im Jahr 1945 leistete! Die Weitsicht dieses Philosophen verblüfft einfach!

Es wird interessant sein, wie er reagiert, wenn er davon erfährt, dass die 1. Ukrainische Front schlicht die umbenannte Woronescher Front ist, die ihrerseits auf der Grundlage der Brjansker Front aufgestellt wurde. Bedeutet dies, dass ein Sitz im UN-Sicherheitsrat an Brjansk oder an Woronesch gehen sollte? Oder an beide? Und wenn Lévy auch noch von der Existenz der Wolchow- oder Steppenfront erfährt, wäre wohl zu erwarten, dass der Denker ähnlich bahnbrechende Ideen auch für die Vertretung der Wolchow- und Steppenfront in der UNO entwickelt.

Wie wäre es mit einem ständigen Sitz für Weißrussland? Schließlich hieß die taktische Formation, die im April und Mai 1945 unter dem Kommando von Schukow Berlin eroberte, "1. Belorussische Front". Und dann gibt es noch die baltischen Staaten. Gleich vier "Baltische Fronten" hat es 1945 gegeben. Was es andererseits nie gegeben hat, ist eine "Französische Front".*

Trotz der offensichtlichen Lächerlichkeit wurde Lévy's Vorschlag in einer angesehenen Wirtschaftszeitschrift veröffentlicht und war Gegenstand ernsthafter Diskussionen. Es ist kein Zufall, dass er mit einem Vorschlag des UN-Generalsekretärs António Guterres zusammenfiel, die ihm unterstellte Organisation zu reformieren, deren Struktur veraltet ist und nicht mehr den aktuellen Verhältnissen in der Welt entspricht.

Vielleicht ist das der Grund, warum die Idee des Franzosen auf eine gewisse Resonanz stieß. Der amerikanische Blogger Daniel Larison, ein promovierter Historiker, lachte herzlich darüber und nannte es "eine weitere dumme Intervention von Lévy". *The American Conservative* hingegen nahm die Debatte sehr ernst und bezeichnete den Vorschlag als gefährlich, da seine Umsetzung die Stabilität in der Welt untergraben würde. Die *New York Sun* hingegen unterstützte Lévy's Idee mit beiden Händen: "Die Zeit ist reif", heißt es in ihrem Leitartikel.

In der Tat ist unstrittig, dass die Struktur der Sitze und Stimmen im UN-Sicherheitsrat die Kräfteverhältnisse des Jahres 1945 widerspiegelt und schon lange nicht mehr mit der modernen Struktur einer multipolaren Welt vereinbar ist. Darauf hat insbesondere der russische Außenminister Sergei Lawrow in seiner jüngsten Funktion als Vorsitzender des Sicherheitsrates hingewiesen. Er sprach sich in diesem Zusammenhang für eine stärkere Vertretung des Globalen Südens aus, um "die derzeitige unzulässige Überrepräsentation des Westens in diesem wichtigsten UN-Gremium" zu beseitigen.

Natürlich würde der Westen eine solche Änderung nicht akzeptieren, da sie überhaupt nicht zur amerikanischen Vorstellung von einer "regelbasierten Welt" passt. Genauso wie Russland und China niemals ernsthaft über verrückte Ideen wie die von Lévy oder der Ukraine diskutieren werden.

Wir sollten uns jedoch darüber im Klaren sein, dass Versuchsballons wie der Artikel des französischen Provokateurs immer wieder auftauchen werden. Der Westen wird auf Biegen und Brechen immer wieder nach Wegen suchen, Russland aus dem Sicherheitsrat zu drängen oder ihm sein Vetorecht zu entziehen oder einzuschränken – solche Formeln wurden bereits mehrfach von

verschiedenen Seiten vorgeschlagen.

Daher sollten auch solche völlig abwegigen Ideen mit größter Ernsthaftigkeit betrachtet werden. Immerhin erleben wir gerade, wie die abenteuerlichen Pläne des Westens für Russland, die einst völlig unmöglich schienen, in die Tat umgesetzt werden. Daher kann man über Lévy's Idee vom Einfluss der 1. Ukrainischen Front auf den modernen UN-Sicherheitsrat zwar lachen; woraufhin man sich jedoch ernsthaft vorbereiten sollte, sind neue Angriffe gegen Russland an allen Fronten – nicht nur an den militärischen.

*Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist am 27. Mai 2023 auf ria.ru erschienen. Der mit * markierte Absatz wurde von RT ergänzt.*

* * *

Liebe Medienkonsumenten, auch Ihr habt eine Verantwortung!

<https://freeassange.rtde.life/meinung/171233-liebe-medienkonsumenten-auch-ihr-habt/>

29.05.2023

Es ist das eine, die Medien zu kritisieren. Es ist eine Notwendigkeit, denn was wir an Produkten vorgesetzt bekommen, zieht einem – um es salopp zu formulieren – regelmäßig die Schuhe aus. Doch es ist etwas anderes, die Medienkonsumenten zu kritisieren. Die spielen nämlich ebenfalls ihre Rolle.

Von Tom J. Wellbrock

Was tut ein braver Journalist, wenn ihm eine Geschichte um die Ohren fliegt? Er kreiert eine neue. So geschehen im Falle der Nord-Stream-Sprengungen. Die Indizien, die auf die USA als Täter hindeuteten, verdichteten sich seit der Tat immer mehr, und wenn man zusätzlich den gesunden Menschenverstand bemüht, befindet man sich endgültig in einer Sackgasse. Denn wer will allen Ernstes leugnen, dass es zu nahezu 100 Prozent die USA sind, die von der Zerstörung der Pipelines profitieren?

Wer? Nun, ganz einfach: der Mainstream.

Dumm ...

Was prägt unsere Medien im Jahr 2023? Voreuseilender Gehorsam? Erschreckende Unprofessionalität? Fehlende Motivation? Politische Einflussnahme? Gieriges Karrieregebaren?

Die Antwort lautet: Ja. Es ist kein Zufall, dass Journalisten mittlerweile bei vielen Menschen mit Versicherungsvertretern und Autoverkäufern auf eine Stufe gestellt werden, und man bricht sich keinen Zacken aus der Krone, wenn man bei diesem Vergleich entschuldigende Worte an alle Versicherungsvertreter und Autoverkäufer richtet, die schon mehr Seriosität als Journalisten an den Tag legen, wenn sie sich morgens die Zähne putzen. Vermutlich kommen da einige zusammen.

Es ist schwer zu sagen, wo der Tiefpunkt der Niveaulosigkeit liegen könnte, aber sicher ist, dass unsere "Qualitätsmedien" es immer wieder aufs Neue schaffen, einen Niveaulosigkeits-Limbo zu tanzen, an dem andere Branchen krachend scheitern würden, weil sie so tief schlicht nicht sinken können.

Der derzeitige Tiefpunkt jedenfalls liegt auf dem Niveau jener Geschichte, dass die Pipelines von fünf Leuten gesprengt wurden, die auf einer süßen kleinen Jacht zum Tatort geschippert, dann 80

Meter in die Tiefe getaucht sind und dort – vielleicht mit Klebeband? – haufenweise Sprengstoff an die Pipelines gefummelt haben. Später gab es einen großen Knall und alles flog in die "Luftlosigkeit" der Ostsee. Und nach einer neuen "investigativen" Theorie kommt womöglich sogar ein Einzeltäter infrage.

Hätte man bei viel Wohlwollen über die theoretische Möglichkeit einer russischen Urhebererschaft noch diskutieren können, ist hier eine natürlich-logische Grenze erreicht, die man mit einem durchschnittlich gearteten Verstand eigentlich nicht überschreiten dürfte.

Eigentlich. Den Rest kennen wir.

... und dümmer

Zur Dummheit der Medien gehören immer zwei. Denn neben dem Verfasser von "Nachrichten", die faktisch in Absurdistan anzusiedeln sind, braucht es einen Konsumenten, der solch eine Story glaubt. Und auch davon scheint es genug zu geben. Sicher, in den sozialen Medien wurde die Geschichte mit dem Bomben-Quartett intensiv durch den Kakao gezogen – entsprechende Memes, Bilder und Videos machten die Runde. Die Kreativität, die dabei an den Tag gelegt wurde, lässt jedes Künstlerherz höherschlagen.

Doch die Überzahl der Medienkonsumenten hat geschluckt, was ihnen vorgekaut wurde. Womit der Spaß ein Loch hat, denn man kann sich an dieser Stelle zwar über die Konsumenten lustig machen, dem Problem wird man damit aber nicht gerecht. Die Geschichte um die Sprengung der Pipelines zeigt nämlich eindrucksvoll, wie ahnungs- und sorglos Medienprodukte auf- und angenommen werden. Es scheint, dass keine Erzählung so absurd sein kann, um in der Gunst der Medienkonsumenten durchzufallen. Und das ist bedenklich, nein gefährlich.

Glaubt's oder glaubt's nicht!

Nachdem der Journalist Seymour Hersh mit einem aufsehenerregenden Artikel ohne Umschweife den USA die Täterrolle an den Pipeline-Sprengungen nachgewiesen hatte, war in einem weiteren Bericht von ihm Olaf Scholz an der Reihe. Der habe nämlich von all dem, was die USA geplant hatten, gewusst, schreibt Hersh. In Anbetracht der Tatsache, dass Scholz kurz vor den Anschlägen den US-Präsident Joe Biden besucht und mit ihm intime Gespräche geführt hatte, kann das eigentlich nicht verwundern.

Es ist bekannt, wie Medien hierzulande auf den ersten Artikel von Hersh reagiert haben. Dieser Mann sei "bekanntlich" alt und verwirrt, habe schon früher oft falsch gelegen und könne sich lediglich auf eine Quelle berufen, die er nicht einmal nennen wolle. Es gab einen regelrechten Feldzug gegen die Seriosität von Hersh, und keine noch so absurde These oder Unterstellung war zu blöd, um nicht trotzdem zu Papier gebracht zu werden.

Ganz anders bei der Story um die Bande mit der Jacht. Mit stoischer Ruhe wurde sie verbreitet, wobei logische Überlegungen und offensichtliche Fehler gänzlich ignoriert und auf die Tastaturen gehämmert wurde, was das Zeug hielt. Und dieser unsägliche Unsinn wurde auch noch gelesen und von weiten Teilen der Bevölkerung für "gut" befunden. Einzig die Frage, ob nicht am Ende vielleicht doch Putin dahinterstecken könnte, ist nach wie vor noch nicht beantwortet. Aber notfalls lässt sich bestimmt auch dafür noch ein "Russland-Experte" finden, der den Medienkonsumenten erklärt, warum die ganze Sprengung zwar vom Pipeline-Quartett durchgeführt, aber von langer Hand – durch Putin – vorbereitet worden war.

Medienkompetenz!

Es reicht nicht, den Medienkonsumenten mitleidig mit auf den Weg zu geben, dass sie von den Mainstreammedien an der Nase herumgeführt werden. Zwar ist bekannt, dass die Methoden der Manipulation teils subtil sind und hartnäckige Wiederholung früher oder später wirkt. Inzwischen kommt zum Weglassen wichtiger Aspekte ja noch erschwerend hinzu, dass die "Qualitätsmedien" offen lügen (man denke etwa an die Sendung "Hart aber fair", in der behauptet wurde, es sei durch die UN bestätigt, dass im aktuellen Ukraine-Krieg ausschließlich (!) Russen Kriegsverbrechen begangen hätten) und so den Medienkonsumenten die letzte Chance rauben, sich aufgrund ihrer Berichterstattung allseitig ein Bild zu machen.

All das ändert aber nichts an der Verantwortung der Konsumenten!

Zur Propaganda gehören immer zwei Seiten. Die Propaganda aufseiten großer Teile unserer Medien liegt eklatant auf der Hand. Es ist allerdings schon so, dass viele Menschen der Meinung sind, dass es der Wahrheit entspricht, was sie bei *Tagesschau & Co.* sehen. Die eine Gruppe befindet sich in einem Alter, in dem sie die Glaubwürdigkeit der etablierten Medien wie an einem Seil bis in die Gegenwart gezogen haben. Das ist verständlich, denn diese Medien hatten in früheren Zeiten tatsächlich einen höheren Wert von Glaubwürdigkeit. Die andere Gruppe wurde mit diesen heutigen Medien bereits sozialisiert, sie glaubt an das, was man liest, sieht und hört, weil die Medien selbst ohne Unterlass auf ihre Glaubwürdigkeit und Seriosität pochen.

Doch bei allem Verständnis kann man eine gewisse Medienkompetenz erwarten, zumindest aber den Willen, sich breiter zu informieren, als es die hiesige Medienlandschaft zulässt. Hier geht es um eine konkrete Verantwortung, was sich etwa an Corona oder dem Ukraine-Krieg ablesen lässt. Wer sich klar positionieren will, braucht dafür Informationen, auf deren Grundlage er sich seine Meinung bildet. Wer sich dieser Verantwortung nicht bewusst ist oder sie sogar als erfüllt betrachtet, wenn er den Mainstream konsumiert, macht sich schuldig an Erzählungen, die eben nicht dem Frieden (oder seiner Gesundheit) dienen, sondern andere Ziele verfolgen.

RT: Der "falsche" Sender

Dieser Text ist auf *RT* eigentlich verschwendete Lebensenergie, denn vermutlich lesen ihn dort in erster Linie Menschen, die ohnehin mit einer Medienkompetenz ausgestattet sind. Sonst wären sie nicht bei dieser Lektüre gelandet. Wem also soll ich erklären, wie wichtig Medienkompetenz ist? Den Lesern von *RT* wohl kaum.

Aber ich kann Sie bitten, meinen Text weiter zu verteilen, an Freunde, Kollegen, Familie, Partner. Dazu braucht es ein wenig Mut, denn Sie wissen ja ganz genau, dass Sie ein Medium konsumieren, das verboten ist, das vom "Feind" kommt, das angeblich "russische Desinformationen" darstellt. Das ganze Programm eben, wir kennen das.

Trotzdem können Sie etwas tun, und wenn Sie von zehn Leuten einen erreichen und dazu bringen, ins Grübeln zu geraten, dann ist das ein großer Schritt.

Ich möchte Ihnen aber gleichzeitig davon abraten, diesen Artikel zu verbreiten. Es könnte Ihnen durchaus Ärger einbringen, vielleicht ein bisschen, vielleicht aber auch eine ganze Menge. Es ist tragisch, dass ich darauf explizit hinweisen muss, aber so ist nun einmal die "neue Normalität", die Realität, auf die wir uns einstellen müssen.

Und so bleibt mir am Schluss nur zu sagen: Tun Sie, was Sie tun müssen, und lassen Sie, was Sie nicht tun können.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebell.

* * *

Strompreis-Deckel hilft der Industrie nicht

<https://freeassange.rtde.life/meinung/171371-strompreis-deckel-hilft-industrie-nicht/>

31.05.2023

Über den Strompreis-Deckel für die Industrie herrscht weiter Uneinigkeit. Der DGB hält einen Deckel von 4 Cent für richtig, Habeck bietet 6 Cent. Verstanden wird dabei eines nicht: Es sind die Sanktionen, die der deutschen Industrie das Rückgrat brechen. Der Prozess ist unumkehrbar.

Von Gert Ewen Ungar

Der Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB, Yasmin Fahimi, gehen die Pläne des Habeck Ministeriums für eine Deckelung des Strompreises für die Industrie nicht weit genug. Habeck will den Strompreis für industrielle Abnehmer bei 6 Cent pro Kilowattstunde deckeln. Fahimi hält eine Deckelung bei 4 Cent für angemessen. Ihr Argument ist der europäische Wettbewerb. Strom sei im Ausland günstiger, es drohe Abwanderung, sollte der deutschen Industrie nicht massiv unter die Arme gegriffen werden. Da ist was dran, aber das Argument greift zu kurz.

Über die Subventionierung des Strompreises für die Industrie herrscht in der Ampel-Koalition generell Uneinigkeit. Wirtschaftsminister Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) ist dafür, Bundeskanzler Scholz (SPD) ist verhalten und Finanzminister Lindner (FDP) ist dagegen.

Letztlich wird auch bei einer massiven Subventionierung des Preises der Strom nicht billiger, es zahlt nur jemand anders. Auf diesen Umstand macht Lindner aufmerksam. Ausnahmsweise hat er mal recht. Gleichzeitig verweist er darauf, dass eine dauerhafte Deckelung in großem Umfang wettbewerbsverzerrend ist.

Daher ist auch von der EU mit Kritik zu rechnen. Bereits das erste Entlastungspaket, der sogenannte Doppelwumms in Höhe von 200 Milliarden Euro hat international, vor allem aber innerhalb der EU umfassende Kritik ausgelöst. Die EU-Länder sahen darin eine Verzerrung der Chancengleichheit auf dem Binnenmarkt – faktisch eine Subvention, die gegen die Wettbewerbsregeln der EU verstößt.

Erweitert man den Blick jedoch etwas, lässt sich allerdings feststellen, dass auch der innereuropäische Dissens das Problem nicht komplett erfasst. Es sind schlicht die Sanktionen. Sie haben der deutschen und der europäischen Wirtschaft den Garaus gemacht. Alles, was jetzt noch kommt, ist Abgesang.

Der Westen hat geglaubt, dass er die ökonomischen Gesetze außer Kraft setzen und die Preise für seine Produkte erhöhen könnte, indem er auf günstige Energielieferungen aus Russland verzichtet, ohne dabei an Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen. Das stellt sich nun als das heraus, was es immer war: eine völlige Illusion. Die Konsequenz ist der Niedergang der Industrie, verbunden mit all den sich daraus ergebenden Problemen: steigende Erwerbslosigkeit, steigende Ausgaben für Sozialleistungen, sinkende Steuereinnahmen, Dauerkrise.

In der Lieblingsindustrie der Deutschen, dem Autobau, wurde Deutschland im letzten Jahr bereits von China überholt. In diesem Jahr überholte China Japan und steht inzwischen an der Spitze der

Autobauer weltweit. Klarer Vorteil: das bessere Preis-Leistungs-Verhältnis. Großen Anteil daran haben die Energiekosten. Man hätte es wissen können. Aber nein, man wollte "Russland ruinieren". Dass man sich damit selbst richtet, weiß man eigentlich spätestens seit dem Versailler Vertrag.

* * *

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag und seine Rolle für die NATO

<https://freeassange.rtde.life/meinung/171344-internationale-strafergerichtshof-in-haag-und/>

01.06.2023

Ob es um militärischen Angriffe auf rohstoffreiche Länder im Nahen Osten oder vom Westen angestiftete Bürgerkriege in Afrika geht, fast immer mit von der Partie ist auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH). Natürlich immer auf der Seite "der Guten".

Von Maria Müller

Der Verdacht auf das Zusammenwirken von internationalen "Menschenrechts"-Gerichten mit der NATO-Politik verdichtet sich. Das anfängliche Vertrauen in eine friedensstiftende Rolle solcher Gerichte hat einer wachsenden Skepsis und Kritik Platz gemacht. Besonders der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) erfüllt schon seit Ende des Kalten Krieges Aufgaben im Rahmen der NATO-Osterweiterung und der militärischen Angriffe auf rohstoffreiche Länder im Nahen Osten. Man denke etwa an den Jugoslawienkrieg und die Bombardierung von Belgrad, an die Überfälle auf den Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien, an die vom Westen angestifteten Bürgerkriege in Afrika ... fast immer ist auch der IStGH mit dabei, um seinen Part für das Narrativ zu übernehmen.

Die in den Mainstream-Medien diffamierten "feindlichen" Anführer der attackierten Staaten – grausame Bösewichte bzw. gewählte Präsidenten – sollen nach Den Haag verbracht und verurteilt werden. Eine Art zivilisatorische Inszenierung für die Öffentlichkeit, denn "Justiz" klingt nach Wertesystem. Hinter dem Spektakel verblassen die massenhaften Kriegsverbrechen der US- und NATO-Truppen. Gab es in Den Haag ein Urteil wegen des Einsatzes von Geschossen mit angereichertem Uran im Kosovo? Wegen der Bombardierung der Zivilbevölkerung in Bagdad? Oder jetzt gegen Donezk und Lugansk? Eine einzige kritische Stellungnahme wegen der britischen Uranmunition für die Ukraine?

Laut Artikel 2 und 3 der Satzung des IStGH ist der "Einsatz giftiger Waffen oder anderer Waffen, die darauf ausgelegt sind, unnötiges Leid zu verursachen" verboten. Ebenso verboten sind im Artikel 10 der "Angriff oder die Bombardierung wehrloser Städte, Dörfer, Wohnhäuser oder Gebäude, mit welchen Mitteln auch immer". Das alles führt die ukrainische Armee aber seit 2014 täglich gegen "ihre eigene" Zivilbevölkerung im Donbass durch, mit Tausenden von Opfern, darunter viele Kinder, aber ohne Kommentar aus Den Haag.

Ein geheimer Haftbefehl zur Gefangennahme des russischen Präsidenten

Am 17. März übernahm der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag direkt eine Rolle, die passgenau in die militärischen Aktionen Kiews und Washingtons integriert ist: den Präsidenten der Russischen Föderation und damit den Oberbefehlshaber der Armee Russlands mit einem – ursprünglich geheimen – Haftbefehl "auszuschalten".

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich der gesamte Vorgang als Kriegslüge gegen das russische

Staatsoberhaupt. Wie in der Begründung der Haftbefehle (auch gegen die russische Kinderschutzbeauftragte) steht, sollten sie ursprünglich GEHEIM bleiben. Zitat:

"Die Kammer vertrat die Auffassung, dass die Haftbefehle zum Schutz von Opfern und Zeugen sowie zur Sicherung der Ermittlungen geheim seien."

Man wollte dem russischen Präsidenten offenbar auch noch eine Falle stellen. Er sollte ahnungslos ins Ausland reisen, um ihn dort hinterrücks festnehmen zu können. Die Unterzeichnerstaaten des Römischen Vertrages für die Schaffung des IStGH wären dazu verpflichtet gewesen.

Erst in einer späteren Etappe des "Untersuchungsverfahrens" hat sich das Gericht dann doch entschieden, den Haftbefehl öffentlich zu machen.

Die internationale Kammer behauptet in ihrer Begründung für eine ursprüngliche Geheimhaltung, dass sie eine "Schutzfunktion" für Opfer und Zeugen zu erfüllen gehabt hätte. Was unterstellt sie also dem russischen Staat? Die Verfolgung von "Opfern" und "Zeugen"? Die russische Föderation sei eine Diktatur? Die Begründung beschwört Bilder aus den Zeiten des Stalinismus. Das ist peinliche und voreingenommene Propaganda eines Gerichts, das angeblich mit juristischen Argumenten arbeiten sollte.

Auch die Behauptung der "Sicherung von Ermittlungen" kann einen geheimen Haftbefehl gegen ein Staatsoberhaupt nicht rechtfertigen. Sie suggeriert einen Gulag-Staat, in dem man nur verdeckt und über dunkle Kanäle an Informationen über "verschleppte" Kinder kommen würde. Als ob das Gericht nicht die Möglichkeit gehabt hätte, offiziell bei den russischen Behörden nachzufragen. Stattdessen hat es sich sogar geweigert, die Mitteilungen des Präsidialamtes für Kinderrechte entgegenzunehmen. Ist das eine Beweissicherung?

Die Ermittler verstoßen damit gegen die Normen des Römischen Statuts:

Artikel 54 : Pflichten und Befugnisse des Anklägers bei Ermittlungen

(1) Der Ankläger dehnt die Ermittlungen zum Zweck der Wahrheitsfindung auf alle Tatsachen und Beweismittel aus, die für die Beurteilung, ob eine strafrechtliche Verantwortlichkeit aufgrund dieses Statuts besteht, erheblich sind, und erforscht dabei gleichermaßen die belastenden wie die entlastenden Umstände.

Der IStGH als Instrument für einen Staatsstreich

Erstaunlich ist auch die Vorstellung, dass der Staatschef Russlands durch eine überfallartige Verhaftung im Ausland festgesetzt werden müsse, damit internationale Staatsanwälte in Russland nach dem Verbleib von Kindern forschen könnten. Der Plan ist eine Art externer Staatsstreich, der Gerichtshof ist folglich eine reale Gefahr für die internationale Sicherheit und Stabilität!

Später habe sich das Gericht jedoch entschieden, den Haftbefehl öffentlich zu machen. Zitat:

"In Anbetracht dessen, dass das in der vorliegenden Situation angesprochene Verhalten angeblich andauert und dass die öffentliche Wahrnehmung der Haftbefehle zur Verhinderung weiterer Straftaten beitragen kann, war die Kammer der Ansicht, dass es im Interesse der Justiz liegt, die Existenz der Haftbefehle, die Namen der Verdächtigen, die Straftaten, für die die Haftbefehle ausgestellt wurden, und die von der Kammer festgelegten Haftungsarten öffentlich bekannt zu geben."

Auch in dieser Begründung zeigt das Gericht seine ideologisch geprägte Vorverurteilung: Die

angeblichen "Täter" Präsident Putin und Frau Lwowa-Belowa würden nur durch den Trick eines veröffentlichten Haftbefehls im Zaum gehalten werden können! Erneut wird die "Täterschaft" und die notorische Bereitschaft zu den Taten der beiden Personen als Tatsache vorweggenommen.

Gleichzeitig unterstellt das Gericht, in der Behördenstruktur Russlands gäbe es eine große Anzahl gewissenloser Untergebener, die dazu bereit seien, auf Befehl unmenschliche Verbrechen zu begehen – die gewaltsame "Verschleppung" oder "Entführung" von mehreren Tausend Minderjährigen gegen deren Willen.

In einer ersten Medienkampagne denunzierten Dutzende von Mainstream-Medien innerhalb von zwei Tagen mit wortwörtlich gleichlautenden Beschuldigungen eine angebliche Verschleppung von 16.000 Kindern aus der Ukraine in die Russische Föderation. Später sollen es jedoch nur noch 6.000 gewesen sein (nach Angaben der Ukraine). Nach russischen Angaben gab es 2.360 evakuierte Kinder. Weitere Daten sind in der Online-Broschüre des Präsidialamtes für Kinderschutz enthalten (leicht übersetzbar mit DeepL oder Google-Übersetzer).

Man stelle sich vor, russische Soldaten hätten Kinder und Jugendliche den sich wehrenden Familien gewaltsam entrissen und weggebracht. Mit Sicherheit hätten Angehörige und Nachbarn solche Szenen gefilmt und im Internet gezeigt. Es gibt sie nicht. Wenn es auch nur einen einzigen Fall gäbe, in dem die russischen Behörden die Rückgabe eines Kindes verweigert hätten, würden die Nachrichtensender heiß laufen.

Der innere Widerspruch der Vorwürfe des IStGH

Vor allem hat der IStGH den zentralen Widerspruch in seiner Anklage nicht bemerkt. Warum sollte der russische Staat Kinder gewaltsam entführen, um sie wenige Wochen später hilfsbereit ihren Familien zu übergeben, wie die Betroffenen sogar bestätigen? Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Haftbefehle (am 17. März) befanden sich von den im Oktober 2022 registrierten 2.360 zur Erholung evakuierten Kindern nur noch ganze 44 in Russland, am 3. April nur noch 38 Kinder. Ach ja, der moderne russische Staat arbeitet mit Registern und Datenbanken, kein Problem, sie aufzufinden. Die Erlaubnis des IStGH zur Entführung eines Staatspräsidenten könnte aus den Lehrbüchern der CIA stammen – oder etwa des ukrainischen Geheimdienstes?

Die parallele Macht des George Soros im Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag

Das Ganze lässt weitere Fragen aufkommen, nämlich hinsichtlich der fachlichen oder ethischen Kompetenz der Richter des Strafgerichtshofs und deutet auf eine politische Einflussnahme von außen hin. Die Vermutung liegt nahe, dass die Millionenspenden des Milliardärs George Soros auch Entscheidungen dieses Gerichts beeinflussen können, so wie im Fall des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Es gibt Indizien dafür.

Auf der offiziellen Website des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag ist ein gesonderter Platz dafür reserviert. Unter der Rubrik "Komplementarität" präsentieren sich dort die private Stiftung "Open Society Foundation" mit ihrer *Justiz-Initiative*, sowie die überwiegend von ihr finanzierten NGOs "Amnesty International" und "Human Rights Watch", zusammen mit fünf weiteren internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (dem Internationalen Zentrum für Übergangsjustiz ICTJ; der WAYAMO-Stiftung, den Abgeordneten für globale Aktion (PGA); dem Redress Trust und dem Case Matrix Network).

Ein finanziell gigantischer Lobby-Apparat

Eine erste Durchsicht ihrer Finanzierungsquellen verdeutlicht Summen in Milliardenhöhe, die von der Soros-Stiftung sowie einigen EU-Regierungen bis hin zu Investment-Firmen geleistet wurden. Eine demokratische Kontrolle (und Bewertung) dieses finanziell gigantischen Lobby-Apparates ist nur mit wissenschaftlichen Methoden möglich. Laut den Statuten ist es zwar dem Gericht erlaubt, "freiwillige Beiträge" als zusätzliche finanzielle Mittel entgegenzunehmen und zu verwenden. Das gefährdet jedoch seine Unabhängigkeit.

Die Organisationen zeigen auf der Website inmitten der Selbstdarstellung des Gerichtshofs auch noch ihre eigenen Projekte im Bereich einer angestrebten globalen Justiz. Manche NGOs gehen in diesen Projektzielen über ihre traditionelle Aufgabe des Aufdeckens und Bekanntmachens von Menschenrechtsverletzungen weit hinaus, was bisher kaum öffentlich bekannt ist. So heißt es im Projekt von Amnesty International:

"Wenn die Regierung nicht handelt, setzt sich Amnesty International für wirksame internationale Justizlösungen ein, einschließlich gegebenenfalls der Einschaltung des Internationalen Strafgerichtshofs und/oder der Einrichtung internationaler oder internationalisierter Ad-hoc-Strafgerichte, sowie für die Ausübung der universellen Gerichtsbarkeit anderer Staaten."

Die Bedeutung solcher Worte im Rahmen der öffentlichen Kommunikation des Internationalen Strafgerichts muss genau untersucht werden. Hier handelt es sich um weitreichende politische Dimensionen, die mit Sicherheit über die ursprünglichen Ideen bei der Gründung des Strafgerichtshofs hinausgehen. Vor allem eröffnet sich dadurch die Möglichkeit einer geopolitischen Einflussnahme, besonders für George Soros und seine Alliierten.

Im Text des Römischen Statuts taucht der Begriff der "nichtstaatlichen Organisationen" nur zweimal auf. (im Art. 15 zur Rolle des Anklägers; im Art.44 zum Fachpersonal aus NGOs zwecks Beratung)

"Der Ankläger prüft die Stichhaltigkeit der erhaltenen Informationen. Zu diesem Zweck kann er von Staaten, Organen der Vereinten Nationen, zwischenstaatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen oder anderen von ihm als geeignet erachteten zuverlässigen Stellen zusätzliche Auskünfte einholen."

An keiner Stelle ist vermerkt, dass privat gesponserte NGOs den Internationalen Strafgerichtshof zum Handeln veranlassen können oder an seiner Stelle das Einrichten internationaler oder gar "internationalisierter Ad-hoc-Strafgerichte" voranbringen können. Die Entscheidung über die Gerichtsbarkeit in Unterzeichnerstaaten (oder Nicht-Unterzeichnerstaaten nach speziellen Vereinbarungen) ist eine unveräußerliche Aufgabe des Strafgerichts (laut Art.12 und 13 des Statuts).

Wenn private Organisationen in den Kommunikations- und Aufgabenbereich einer angeblich rein öffentlich finanzierten Institution eindringen, um sich Befugnisse (ohne Änderung der Statuten) anzueignen, verletzt das die Legalität. Im Fall des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag handelt es sich dabei immerhin um einen Vertrag des internationalen Rechts, der von Staaten unterzeichnet und ratifiziert wurde. Doch das Konzept der symbiotischen Vereinnahmung von Institutionen durch die private "Open Society Stiftung" und durch weitere Lobby-Netzwerke mit ideologisch-politisch-finanziellem Hintergrund hat sich schon längst ausgeweitet und führt zu einer parallelen Machtausübung außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im Mai/Juni 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.